30. Jahrgang — Bochum, den 19. Januar 1918 — Nummer 3

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telephon-Nrn. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

# Genügsamkeit und Entbehrung.

„Von industrieller Seite" wird in der „Bergwerkszeitung" (Nr. 4) ein ungemein lehrreicher Ausblick auf die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands nach dem Kriege veröffentlicht. Der Industrielle ist „Alldeutscher" und darum Befürworter eines Friedens, dessen Bedingungen die Mittelmächte den niedergezwungenen Feinden diktieren sollen. Er will Eroberungen „im Osten und Westen", ehe sie nicht gesichert seien, wären die blutigen und sonstigen Opfer „umsonst gebracht". Wie lange der Krieg bis zur Verwirklichung dieses Zieles noch dauern kann, erfahren wir nicht.

Das Bedeutsamste der Abhandlung in der „Bergwerkszeitung" ist, daß sie die wirtschaftlichen Kriegsfolgen für Deutschland nach einem Frieden, wie ihn die „Alldeutschen" und Vaterlandsparteiler wollen, schildert. Das eben ist das ungemein Lehrreiche des Artikels, dessen entscheidende Stellen wir nun folgen lassen:

„. . . Unsere wirtschaftlichen Hauptgegner, England und Amerika, werden auch nach dem Friedensschlusse den Versuch machen, den Krieg auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen. Damit müssen wir rechnen. Unsere Absatzmöglichkeiten in den feindlichen Ländern werden daher zunächst nur sehr geringe sein, in den neutralen Ländern werden sie stark durch unsere Feinde beeinflußt werden. Mitteleuropa muß aber Waren ausführen, wenn es sich dauernd auf der hohen Entwicklungsstufe halten will, der es bei Ausbruch des Krieges mit Erfolg zustrebte; in der ersten Zeit wird die Zu- und Abneigung der Völker auch erheblich auf die Geschäfte abfärben und nur allmählich ist ein Ausgleich zu erhoffen. Wenn aber die verbündeten Länder sich in diesem Kampfe nach dem Kriege behaupten wollen, so müssen sie zwei Hauptbedingungen erfüllen:

Einmal müssen sie die eigenen Hilfsquellen ihrer Länder bis aufs äußerste ausnutzen, um dem eigenen Bedarf in billigster Weise die Erzeugnisse zuzuführen, die sich nur irgend auf heimischem Boden und aus heimischen Bodenschätzen herstellen lassen. Das Ersatzstoffwesen wird daher auch noch lange Zeit mit oder ohne Absicht nicht ausgeschaltet werden können. Auch Genügsamkeit und Bescheidenheit in den eigenen Ansprüchen gehen damit Hand in Hand.

Zum anderen aber muß alles Bestreben darauf gerichtet werden, die besten Erzeugnisse mit niedrigsten Selbstkosten für die Ausfuhr herzustellen. Letztere Aufgabe ist nicht minder schwer wie die erste, vielleicht noch schwerer.

Hat doch die Entwertung des Geldes schon einen Grad erreicht, der recht bedenklich geworden ist, bei uns wie bei unseren Feinden, nicht aber in den weit abliegenden Ländern, die darauf warten, Europas Schwäche in Zukunft für sich auszunutzen. Wenn aber das Tauschmittel Geld nicht erheblich im Werte wieder gehoben werden kann: so werden die Erzeugnisse für die Ausfuhr vermutlich zu teuer werden, und der schon vom Feinde nachhaltig erschwerte Absatz in fremden Ländern müßte verkümmern. Das aber würde wieder Millionen von Händen Arbeitslosigkeit bringen. Also wird man alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um der weiteren Entwertung des Geldes entgegenzutreten, um später die Arbeitslosigkeit mit ihren fürchterlichen Folgen für Land und Volk rechtzeitig zu bannen. Von vorne herein muß man dabei die falsche Auffassung aufgeben, als ob der hohe Kriegsverdienst vieler Arbeiter auch die Friedensnorm werden würde.

Außer von der menschlichen Arbeitskraft hängt der Arbeitserfolg auch von der Beschaffung der Rohstoffe ab. Deren brauchen wir eine erkleckliche Anzahl von unseren Feinden und den uns wenig freundlich gesinnten Neutralen. Aufgabe der Friedensunterhändler ist es daher, in erster Linie die Rohstoffversorgung für die nächste Zukunft soweit sicherzustellen, daß unsere Feinde uns nicht nach Friedensschluß durch irgendwelchen Zoll, Sperrung der Ausfuhr oder sonstige Maßnahmen, den Bezug so erschweren, oder verteuern, daß die Beschaffung zur Unmöglichkeit wird.

Gesetzt nun, auch diese Vorbedingung wird günstig für uns gelöst, so bleibt weiter die Transportraumnot, sowohl zu Wasser wie zu Lande, zu überwinden. Auch hier gilt es, rechtzeitig und weitsichtig die Richtlinien zu finden, die den Rohstoffbezug sicherstellen. Besonders wichtig erscheinen hierbei die Urstoffe für die große Textilindustrie, ferner Leder und Metalle.

Könnte die Erzeugung nach Sicherstellung der Rohstoffe dort einsetzen, wo sie bei Kriegsanfang aufhören mußte, so brauchte uns nicht bange zu sein. So aber muß sie vorab mit einer sehr großen Verteuerung der Gestehungskosten rechnen, auf die noch obendrein das gewaltige Gewicht der finanziellen Belastungen durch Steuern und Abgaben gehängt wird."

So also stellt sich das Bild des deutschen Wirtschaftslebens nach einem „alldeutschen" Frieden „von industrieller Seite" gesehen dar! Wir müssen gestehen: Ueber den besten Frieden sind wir anderer Ansicht, aber was der Autor über die wirtschaftlichen Folgen des von ihm gewünschten Gewaltfriedens schreibt, damit hat er Recht!

Während des Krieges ist ein unbeschreiblicher Welthaß, namentlich gegen Deutschland, erzeugt worden. Dabei haben seine Feinde ihr wirksamstes Agitationsmaterial aus den alldeutsch-imperialistischen Schriften und Reden für rücksichtslose Machtpolitik entnommen, wie der Theologieprofessor Dr. Baumgarten (Kiel) in einem sehr lesenswerten Büchlein dokumentarisch nachweist. Diese kriegsromantischen, gewaltverherrlichenden Auslassungen sind in „Meinungen des deutschen Volkes" ungefälscht und damit die Volksmehrheiten im feindlichen Auslande gegen uns fanatisiert worden.

Wenn der Krieg zu Ende geht, dann wird der Welthaß gegen uns nicht auch ausgelöscht sein, sondern er wird sich im internationalen Handel und Verkehr gegen uns richten, selbstredend um so stärker und nachhaltiger, je schwerer sich die mit uns im Kriege befindlichen Völker und Staaten durch die Friedensbedingungen getroffen fühlen. Die „industrielle Seite" in der „Bergwerkszeitung" sagt dann auch mit Recht, unserer Warenausfuhr und unserer Rohstoffeinfuhr würden nach Friedensschluß kolossale Schwierigkeiten begegnen. Wir haben mit dem Boykott unseres Welthandels zu rechnen. Unsere Ausfuhr wird zunächst eine nur geringe sein, unserer Rohstoffeinfuhr werden die feindlichen Konkurrenten die größten Hindernisse bereiten, und sie können es, weil Großbritannien und Amerika die für uns wichtigsten Rohstoff-Bezugsgebiete (man denke nur an Baumwolle!) beherrschen. Selbstverständlich wird die unserer Wirtschaftsentwicklung feindlich gesinnte ausländische Konkurrenz stärker und nachhaltiger den Boykott führen, je mehr der Friedensschluß, die Zukunft der Menschheit mißachtend, nach gewaltpolitischem Rezept erfolgt. Die Schilderung der „industriellen Seite" ist darum, wenn auch wider Willen, eine Begründung des Verständigungsfriedens, der nach unserer festen Ueberzeugung den normalen Zustand von Handel und Verkehr zwischen den Völkern am ehesten wiederherstellt.

Nach der Meinung der „industriellen Seite" aber müssen wir die Friedensbedingungen dem „niedergeworfenen Feinde" diktieren. Wenn das geschieht, dann ergibt sich, immer nach der Darstellung des Eroberungspolitikers in der „Bergwerkszeitung", für das deutsche Wirtschaftsleben ein außerordentlich kritischer Zustand. Unsere Warenausfuhr, auf die wir nach Lage der Sache unbedingt angewiesen sind, wird von unseren weltwirtschaftlichen Hauptgegnern, England und Amerika im Verein mit ihren Freunden, in allen Weltteilen so stark behindert werden, daß unsere Exportmöglichkeit nur sehr gering sein wird. Wir bedürfen zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und zur Volksernährung großer Mengen Rohstoffe aus dem feindlichen Auslande, wo dann die Gefahr besteht, daß uns diese lebensnotwendigen Zufuhren ungeheuer erschwert, verteuert oder gar unmöglich gemacht werden. Auch der enorme Transportraummangel (Schiffe) erhöht unsere Schwierigkeiten besonders. Zwar verlangt die „industrielle Seite" die Sicherstellung unseres Rohstoffbezuges durch den Friedensvertrag, aber wie lange wird der Krieg dauern müssen, ehe wir England und gar Amerika (!) so bezwungen haben, daß wir ihnen die Friedensbedingungen diktieren können? Das sind eben die feindlichen Staaten, aus deren Herrschafts- und Einflußgebieten wir die Hauptmengen unserer Rohstoffeinfuhr beziehen müssen! Bedenken das die Kriegsromantiker und Gewaltpolitiker nicht?

Der von der „industriellen Seite" nicht mit Unrecht angenommene Boykott unserer Ausfuhr und ausländischer Rohstofflieferung erzeugt nach dem Autoren selbst eine große Arbeitslosigkeit bei uns im Lande. „Millionen von Händen" droht die Arbeitslosigkeit!!!

Und das, obgleich im Kriege schon Millionen Menschen getötet oder ihrer Arbeitskraft beraubt sind. Gedankenlose Schwätzer haben sich und anderen eingeredet: „Es gibt zu viel Menschen, es muß mal ein Krieg kommen." Jetzt haben wir fast 3½ Jahre Krieg mit riesigen Menschenverlusten in allen kriegsbeteiligten Ländern, die Aussicht auf — „Millionen arbeitslose Hände!" Wie sieht es nun mit den glänzenden Schilderungen der Kriegsromantiker von dem „Krieg als Schöpfer und Erhalter der Kultur" aus? Was erfüllt sich von ihren Versprechungen?

Was weiß die „industrielle Seite" uns als Hilfsmittel gegen die schweren wirtschaftlichen Kriegsfolgen vorzuschlagen? Das geht der Arbeiterbevölkerung, die ungeheuer verarmt, infolge schlechter Nahrung durchweg unterernährt ist, direkt an die Nieren:

**Verbilligung der Produktionskosten durch stärkste Ausnutzung der Eigenkräfte und durch Herabsetzung der Löhne!!! Damit sollen die Kriegsverwüstungen überwunden werden!**

Sind das nicht herrliche Aussichten? Wohlgemerkt, diese schlimmen wirtschaftlichen Aussichten werden den Arbeitern von einer „industriellen Seite" eröffnet, die den Kriegsabschluß mit Annexionen und Entschädigungen im Osten und Westen in Rechnung stellt. Es ist aber doch den Arbeitern in massenhaft verbreiteten „vaterlandsparteilichen", „alldeutschen" und „wirtschaftsfriedlichen" Schriften versichert worden, sie würden Arbeit und Brot in reicher Fülle haben, wenn der „alldeutsche" Frieden geschlossen wäre. Darum ist der Artikel in der „Bergwerkszeitung" so außerordentlich lehrreich gerade für die Arbeiter, weil er ihnen klipp und klar sagt, daß ihre wirtschaftlichen Aussichten nach einem „alldeutschen" Frieden trübselige sind. **Wir dagegen behaupten, daß unsere weltwirtschaftliche Lage nach einem Verständigungsfrieden rascher eine günstigere sein wird.**

Genügsamkeit, Bescheidenheit, Einschränkungen, Sparsamkeit — das empfiehlt man von „industrieller Seite" einer arbeitenden Bevölkerung, die sich darnach sehnt, sich **wieder regelmäßig sattessen zu können, die abgerissenen, zerlumpten Kleider und Schuhe zu ersetzen, den zerschlissenen, verkommenen Hausrat zu erneuern.** Die Preise für Ernährung, Bekleidung, Flickzeug, Möbel, Küchengeräte, sind heute, dank der behördlichen „Anreizpolitik" und der landesverräterischen Wucherei wesentlich um 200 bis 500 Prozent, ja teilweise bis zum Zehnfachen des Preises in der Vorkriegszeit hinaufgeschraubt. Obgleich so gut wie der ganze Arbeitslohn der Massen nur für die Ernährung draufgeht ist die Unterernährung notorisch vorherrschend. Mit den von der Preistreiberpresse systematisch begeiferten, angeblich „märchenhaft hohen Arbeiterlöhnen" aber verhält es sich im Bergbau so, daß von Mitte 1914 bis zum 3. Quartal 1917 einschließlich, die Durchschnittsverdienste stiegen

| | |
|---|---|
| für Hauer, Lehrhauer und Schlepper um . . . | 52,8—75,3 Proz. |
| „ sonstige Untertagsarbeiter um . . . . . | 47,3—53,3 „ |
| „ erwachsene männl. Obertagsarbeiter um . . | 61,3—62,1 „ |

Diese Lohnsteigungen bleiben kolossal weit hinter der Preissteigung für die notwendigsten Lebensmittel zurück. Und doch hören wir, daß diese „märchenhaft hohen Löhne" reduziert werden müßten, wenn Deutschland — nach einem alldeutschen Frieden! — auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein wolle. Genügsamkeit, Einschränkung, Entbehrung, Sparsamkeit wird von den Arbeitern verlangt — das also wären ihre „Kriegsgewinne".

Die steuerlichen Lasten in Reich, Staat und Gemeinde werden infolge der ungeheuerlichen Schuldenbelastung durch den Krieg wer weiß wie stark steigen. Das stellt die „industrielle Seite" auch nach einem „alldeutschen" Frieden in Aussicht. Er kann aber nicht sagen, daß in absehbarer Zeit nach Kriegsschluß die Kosten der Lebenshaltung wesentlich sinken werden. Teure Lebenshaltung, außerordentlich erhöhte Steuerlast und dazu Reduzierung der Arbeiterlöhne — fürwahr, diejenigen, die schon vor dem Kriege die fürchterlichsten Folgen dieses Zerstörungswerkes dringend warnend vorausgesagt und zu einer internationalen Verständigungspolitik geraten haben, die bekommen nur zu sehr Recht.

Mögen sich unsere Kameraden selbst sagen, was für einem Wirtschaftselend sie entgegen gehen, wenn die jetzigen Löhne, die, von einer unbeträchtlichen Minderheit abgesehen, nicht ausreichen zur notwendigen Lebensführung, herabgesetzt werden. Die Gesamtkosten unserer Lebenshaltung müssen erst ganz bedeutend sinken, ehe die Massen der Arbeiter mit den jetzt gezahlten Durchschnittslöhnen aus der großen Verarmung einigermaßen herauskommen können. Der Lohnaufgang ist eben viel zu stark hinter der Verteuerung des Lebensunterhalts zurückgeblieben. Ehe das nicht durch Senkung der Preise für Nahrung, Kleidung, Hausgeräte usw. ausgeglichen ist, bedeuten Lohnkürzungen eine Verlängerung der Unterernährung und Verarmung der besitzlosen Volksmassen. Kann man dieser unzureichend entlohnten Masse noch mehr Genügsamkeit und Entbehrungen zumuten, wie sie nun schon ertragen? Kameraden, beantwortet euch diese ernste Schicksalsfrage selbst. Organisiert euch viel kräftiger zur Abwehr der angekündigten Lohnherabsetzungen, oder ihr müßt euch anklagen, euer Unglück selbst verschuldet zu haben.

# Das deutsche Knappschaftswesen.

I.

In der deutschen Sozialgesetzgebung ist die knappschaftliche Versicherung ein Gebilde für sich, und man darf behaupten, daß dieselbe mit ihren Jahrhunderte alten Einrichtungen, die sich sehr gut bewährt hatten, als Vorbild bei der Sozialgesetzgebung diente. Die Sozialgesetzgebung fand in den deutschen Knappschaftsvereinen das schon vor, was auf Drängen der Arbeiterschaft durch Reichsgesetzgebung erst Allgemeingut der Nation werden sollte, Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen, Hilfe bei Unfällen und ausgedehnte Krankenunterstützung für bestimmte festgelegte Fristen.

Das Vorbild ist aber durch die heutige allgemeine Sozialversicherung noch nicht einmal erreicht, denn immer noch steht die Pensionsgewährung an die Mitglieder der Knappschaftsvereine, wenn sie ihren eigentlichen Beruf aufgeben müssen, aber sonst noch erwerbsfähig sind, d. h. nur bergfertig, einzig da. Die Einführung der Altersrente kann hier nicht als Gleichnis angeführt werden, da sie erst bei Vollendung des 65. Lebensjahres gezahlt wird, während die Gewährung der sogenannten Berginvalidenrente nicht von der Erreichung einer bestimmten Altersgrenze abhängig ist, sondern gezahlt wird, wenn die Wartezeit, die in den meisten Knappschaftsvereinen nach dem Eisenacher Freizügigkeitsvertrag 3 Jahre beträgt, erreicht und das Mitglied unfähig zur Berufsarbeit ist, so z. B. wegen Augenzittern unter Tage nicht mehr arbeiten kann, sondern Arbeiten über Tage verrichten muß. Die Knappschaftsvereine sind deshalb auch durch die heutige Sozialgesetzgebung nicht überflüssig geworden, sondern eine sehr wertvolle Ergänzung derselben, die ebenso wie unsere Sozialversicherung des weiteren Ausbaues harrt.

Die soziale Sonderstellung der Bergarbeiter wurde schon öfters angefeindet, doch sie ist historisch begründet und ein uraltes Recht. Die große und eigentümliche Bedeutung des Bergbaues verursachte diese besondere rechtliche Stellung der Bergarbeiter. Der deutsche Bergbau zeitigte die ersten Produktivgenossenschaften, d. h. die Gewerkschaften. Die an dieser Vereinigung Beteiligten waren Eigenlöhner, sie werkten selbst, daher auch der Name Gewerkschaft. Diese Eigenlöhner waren meistens früher Hörige, die den Bergbau zwar im Dienste des Grundherrn betrieben, sich aber sowohl wirtschaftlich wie standesrechtlich von der Hörigkeit freigemacht hatten. Später kamen als Gewerke Bürger der Städte hinzu; das von den Bergarbeitern selbst festgesetzte Bergrecht wurde mit ein Teil des Stadtrechtes, und dadurch schon gewissermaßen anerkannt. Durch Zutritt reicher Bürger und Adeliger, die nicht selbst arbeiteten, sondern Geld steuerten, indem sie den Lohn für die von auswärts zugezogenen unbemittelten Bergarbeiter erlegten, begann die Aera des kapitalistischen statt des genossenschaftlichen Betriebes.

Dieser Umschwung trat im 13. Jahrhundert ein. Die Landbevölkerung bestand damals noch aus Hörigen; die Bergarbeiter dagegen waren freie Lohnarbeiter, meistens zugewandert aus fremden Gegenden. Um sie zu dieser Zuwanderung und zum Bleiben zu bewegen, wurden sie mit mancherlei Privilegien und Vorrechten ausgestattet, die kein anderer Stand genoß. Sie erhielten ihren Lohn in Bargeld, statt wie die Landbevölkerung in Naturalien, wurden nur auf eine gewisse Zeit verpflichtet und hatten das Recht zum Wiederabwandern.

Zwischen den Gewerken und den Arbeitern bestand noch nicht der soziale Gegensatz wie heute, einzelne Mitglieder der Gewerkschaft arbeiteten noch persönlich mit, schafften selbst die Erze mit zu Tage, kannten also die schwere Arbeit aus eigener Erfahrung und halfen mit, wenn es galt, die Lebenslage zu bessern, Einrichtungen zum Schutze der Bergarbeiter zu treffen. Wird doch sogar an einer Stelle im Sachsenspiegel, dem ältesten deutschen Rechtsbuch des Mittelalters, gesagt, daß es im Bergbau keine Standesunterschiede gebe, ob Ritter, Bürger oder Knecht, alle seien sie gleich geachtet.

Diese Entwicklung des Bergwesens brachte es auch mit sich, daß schon das damalige Bergrecht soziale Bestimmungen aufweist, die im letzten Jahrhundert teils ausgebaut wurden, zum Teil aber auch verloren gingen. Bestand doch damals bereits das Verbot der Frauenarbeit, Schutz der Jungen, Normalarbeitstag, Verbot der Ueberstunden, Festsetzung der Lohnhöhe unter Hinzuziehung der Berggeschworenen. Im 15. Jahrhundert auch Festsetzung des Zeitlohnes usw. Die Bergarbeiter bildeten auf Grund ihrer Vorrechte gewissermaßen eine Oase in ihrer Umgebung. Durch Gruppenabwanderungen in neue Bergdistrikte, wo ihnen für ihren Zuzug neue Freiheiten verliehen wurden, an denen die umwohnende einheimische Bevölkerung nicht teil hatte, wurde ihr Standesbewußtsein geweckt und der Zusammenschluß gefördert, um Kameradschaftlichkeit zu pflegen, aber auch um die erhaltenen Vorrechte zu wahren und weitere dazu zu erhalten. Diese Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen nannten die Bergarbeiter, die damals den Namen Knappen führten, Knappschaften. Sie können mit Recht als Vorläufer der heutigen Bergarbeiterverbände gelten, welche die Berufsinteressen der Bergarbeiter nach allen Seiten hin vertraten, denn der Hauptzweck der damaligen Knappschaften war nur gemäß der Zeit in anderer Form derselbe.

### Entstehung der Knappschaftsvereine.

Ein Nebenzweck der Knappschaften war, die unterstützungsbedürftigen Kameraden, ebenso ihre Witwen und Waisen, zu unterstützen, um sie vor äußerster Not zu schützen. Dieser Zweck wurde anfangs dadurch erreicht, daß freiwillige Spenden gesammelt, d. h., in eine verschlossene aufgestellte Büchse geworfen wurden. Die dadurch eingehenden Gelder wurden von Beauftragten der Bergarbeiter (Knappschaftsälteste und Knappschaftsjüngste) verwaltet und je nach Bedarf ausgegeben. Für Schäden bei Unfällen und Krankheiten hatten die Gewerkschaften, d. h. die Bergwerksbesitzer selbst aufzukommen. Die Büchsenkassen, wie man sie nannte, waren daher nur eine primitive Einrichtung zur Zahlung von Unterstützungen an Invaliden, Witwen und Waisen, sowie sonstige bedürftige Bergarbeiter, je nachdem es die Mittel der freiwilligen Sammlungen erlaubten.

Durch Bergordnungen wurden im 16. Jahrhundert dann regelrechte Beiträge festgesetzt, die von den Bergarbeitern zu zahlen waren, während die Gewerkschaften oder Landesherren öfters freiwillige Zuschüsse leisteten. Durch diese Förderung erstarkten diese Kassen, und sind aus ihnen dann die Knappschaftsvereine entstanden, die als alleinigen Zweck im Gegensatz zu den Knappschaften, nur noch die Unterstützung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen im Auge haben, während die allgemeine Interessenvertretung des Bergarbeiterstandes von den modernen Berufsverbänden übernommen wurde, die aber zugleich ihr Augenmerk besonders mit auf die Knappschaftsvereine richten und um deren Ausbau und Verbesserung ringen.

In manchen Gegenden hatten die aus der Knappschaft hervorgegangenen Unterstützungseinrichtungen auch andere Namen, wie Bruderschaften auch Altarbruderschaften, doch verfolgten die letzteren mehr kirchliche Zwecke, und bestanden auch noch, als die Knappschaft der Bergarbeiter schon vergangenen Zeiten angehörte, und in anderen Gegenden schon längst die Büchsenkassen durch Knappschaftsvereine abgelöst waren. So im Wurmgebiet, wo im Jahre 1824 noch in Bardenberg, Würselen und Kohlscheid mehrere bestanden, wovon eine der bedeutendsten die Katharina-Bruderschaft war, die 1824 noch 240 Mitglieder zählte. Wer in diese Bruderschaft aufgenommen sein wollte, durfte keiner anderen Bruderschaft angehören, nicht über 36 Jahre alt und frei von allen körperlichen Schäden sein. Die Verwaltung und Aufrechterhaltung der Bruderschaft geschah durch einen Hauptmann, der den Vorsitz führte, sechs Vorstehern und sechs Gemeinsmännern, die ihr Amt unentgeltlich versahen. Sie wurden durch Stimmenmehrheit und alle drei Jahre neu gewählt. Jedes Mitglied bezahlt beim Eintritt 20 Pf. und 10 Pf. Schreibgebühren, sowie als Beitrag jeden ersten Sonntag des Monats 20 Pf. Wer 3 Monate mit den Beiträgen im Rückstande war, wurde ausgestoßen. Wurde ein Bruder krank, hatte er sich Mittwoch vormittags beim Gemeinsmann zu melden. Die Meldung ging an zwei weitere Gemeinsmänner weiter, damit die Krankheit wirklich festgestellt wurde. Als Unterstützung erhielt er die Woche darauf 1 Taler. Die folgende Woche und laufend weiter nur noch 15 Silbergroschen wöchentlich. Die Unterstützung wurde für 17 Wochen ausgezahlt, außer das Mitglied gehörte schon 12 Jahre der Bruderschaft an, dann erhielt es nach Ablauf der 17. Woche noch wöchentlich 7 Silbergroschen, 6 Pf., bis die Krankheit vorüber war. Alte und arbeitsunfähige Mitglieder erhielten eine fortlaufende wöchentliche Unterstützung von 1 Franc. Hinterbliebene erhielten eine Unterstützung die nach der Mitgliederzahl der Bruderschaften berechnet wurde und ungefähr 24 Taler ausmachte. Am Katharina-Feste mußte jeder Bruder der Messe und dem Opfergang beiwohnen, wer fehlte, zahlte eine Strafbuße.

In diesem Revier kamen deshalb die Knappschaftsvereine so spät zur Geltung, weil vorher unter französischer Herrschaft wenig um den Ausbau bestehender Büchsenkassen oder Bruderschaften gegeben wurde. Wie überhaupt der Wurmbergmann in damaliger Zeit ein miserables Dasein führte. Wird doch folgendes zur Charakterisierung der herrschenden Zustände in jenen Jahren in der „Geschichte der Wurmknappschaft" angeführt:

„Ein großer Teil der Grubenarbeiter, welche Kohlenknechte genannt wurden, lebte in mißlichen Verhältnissen. An Anschaffung eines erträglichen Nachtlagers wurde nicht gedacht, der müde Bergmann legte sich auf den glatten Boden seines Zimmers, sammelte da neue Kräfte für die nächste Schicht und verdarb so an Leib und Seele. In einer Wohnung, die von jedem Geräthe zur Erleichterung des Lebens leer ist, kann sich niemand heimisch fühlen; daher kein Wunder, wenn die Kinder das elterliche Haus verließen, sobald sie einigermaßen erwerbsfähig waren und zum besseren Zustande der Familie beitragen konnten. Die Behörde erkannte es daher als ihre heilige Pflicht, den Versuch zu machen, auch bessernd auf die Moralität der Bergarbeiter einzuwirken, was wohl am besten durch Gewährung gewisser Vorteile, Unterstützung der Bergleute wechselseitig unter sich und durch die Gewerkschaft erreicht werden konnte, und wozu eine Knappschaftskasse am geeignetesten war."

Welcher Kontrast zwischen diesen Kohlenknechten des 19. Jahrhunderts, deren Elite noch in Bruderschaften vereinigt war, und den geachteten Bergknappen des Mittelalters, voller Standesbewußtsein, vereinigt in ihrer Knappschaft!

Daß es so traurig um den Wurmbergmann bestellt war, lag an den Werksherren zum größten Teile. Es herrschte das Truchsystem, statt mit Bargeld wurde mit Warenbons ausgezahlt; Sachwalter der Gruben lieferten dafür Waren und besonders gern, da sie am meisten dabei verdienten, geistige Getränke. Ist es da verwunderlich, daß geistig träge Arbeiter, die ohne Bargeld für Bons alles erhielten, was sie brauchten, nicht an den Lohntag dachten, sondern für Getränke usw. mehr ausgaben, als sie gegenüber ihrer Familie verantworten konnten. Sie blieben dadurch immer in Schulden und großer Armut, abhängiger wie die Bergarbeiter anderer Reviere von den Grubenherren.

In Lothringen konnte man noch nach 1900 dieses Warenbonsystem treffen, das die Arbeiter in den Händen der Unternehmer festhielt. In den Warenkonsumanstalten mancher Erzbarone wurde auf Bons der Schnaps literweise ausgegeben. Auch dort führten die Werksherren nicht früher eine Aenderung ein, als bis sie durch Arbeiterorganisationen und Regierung dazu gezwungen wurden. Heute sträuben sich noch lothringische Bergherren gegen Einführung des Eisenacher Freizügigkeitsvertrages.

In anderen Bergbaurevieren waren schon Jahrhunderte vorher aus den Büchsenkassen die Knappschaftsvereine hervorgegangen. Schon im 12. Jahrhundert wird aus dem Harz, wo Silber- und Erzbergbau getrieben wurde, über Knappschaftswesen berichtet. Im Gebiete des Deister waren im 14. Jahrhundert 12 Knapschaftsvereine nachweisbar. In Hessen, Mansfelder Gebiet, sowie in Anhalt, bestanden im 15. und 16. Jahrhundert Knappschaftsvereine, was aus mehrfachen Bergordnungen nachweisbar ist. Der 30jährige Krieg erstickte dieses blühende Leben; doch regelte die Eisleben-Mansfelder Bergordnung vom 28. Oktober 1673 auch das Knappschaftswesen, so daß die Kriegsfolgen dessen Aufleben doch nicht verhindern konnten. Ein Beweis, welch' guter Kern darin steckte, den aber auch, als die Produktionswirtschaft der früheren Periode in eine rein kapitalistische umwechselte, die Grubenbesitzer in ihrem Sinne natürlich sehr gut begriffen und bestrebt waren, Einfluß in der Knappschaft zu gewinnen, um die Satzungen festlegen zu können. Dies konnte ihnen selbstverständlich nur gelingen, wenn sie mit zum Erhalt der Kassen beitrugen, was sie zuerst in Form freiwilliger Zuwendungen taten. Die Bergordnungen (die erste Bergordnung, welche Bestimmungen über das Knappschaftswesen trat, ist die sogenannte Kuttenberger Bergordnung König Wenzels II. von Böhmen, vom Jahre 1300) trafen später Bestimmungen, nach denen der Beitrag der Bergarbeiter festgelegt wurde, und die Grubenbesitzer gemäß den nach und nach erweiterten Beitragspflichten auch mehr Rechte in der Knappschaftsverwaltung erlangten. Während aber in früheren Zeiten die Pflicht der Krankengeldzahlung ganz den Gewerken oblag, trägt heute der Arbeiter durch Beitragszahlung sein Teil mit bei. Das heutige Unternehmertum hat also keinen Anlaß, über zu starke soziale Lasten zu klagen.

Gegen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Knappschaften nur noch reine Unterstützungskassen, die auf gesetzlicher, d. h. behördlicher Regelung beruhten, Krankengelder an ihre Mitglieder zahlten, sowie bergfertigen Mitgliedern oder ihren Hinterbliebenen Pensionen zukommen ließen. Die Beiträge wurden von den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern aufgebracht, öfters von Letzteren noch durch Freikuxe.

Oefters trugen die Knappschaften auch die Schullasten stellten Prediger an, bauten Kranken- und Invalidenhäuser, Ueberschüsse wurden gegen mäßigen Zins zum Hausbau an Knappschaftsmitglieder ausgeliehen. Die Verwaltung wurde von dem Berggeschworenen ausgeübt, der Staats-Bergbeamter war, und dem die Aeltesten zur Seite standen.

Die Leitung durch Staatsbeamte entsprach dem damals geltenden Direktionsprinzip, d. h. Staatsbeamte gaben ihre Direktiven (Anweisungen) über die Höhe der Löhne, Aufnahme der Bergleute, Ueberwachung des Bergbaues usw. Die Grubenbesitzer waren wohl formell Eigentümer, bezogen auch ihre Gewinne, doch den wirklichen Grubenbetrieb leiteten Staatsbeamte, ebenso wie die Knappschaft.

## Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

### Zulagen für Rentenempfänger der Invalidenversicherung.

Der Bundesrat erläßt im „Reichsanzeiger" vom 5. Januar eine Verordnung, wonach Empfängern einer Invalidenrente, wenn sich dieselben im Inland aufhalten, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird. Die Zulage beträgt für Empfänger einer Invalidenrente monatlich 8 Mark, für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente monatlich 4 Mark, und wird im voraus bezahlt. Auch an Empfänger, die nur einen Bruchteil der Rente erhalten, wird die Zulage in vollem Betrage entrichtet. Sie wird dem Berechtigten ohne besondere Anweisung des Versicherungsträgers vorschußweise durch diejenige Zahlstelle der Post, welche dem Empfänger bezeichnet ist, gegen Quittung ausgezahlt. Nicht abgehobene Zulagen werden nur bis zum 30. Juni 1919 nachgezahlt. Den Sonderanstalten, die ihre Zahlungen ohne Vermittlung der Postanstalten selbst leisten, überweist das Reich allmonatlich einen Vorschuß, der dem Betrag entspricht, den die Sonderanstalt voraussichtlich an Zulagen zu zahlen hat. Letztere sowohl wie die obersten Postbehörden haben der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamtes binnen acht Wochen nach dem 31. Dezember 1918 mitzuteilen, welchen Gesamtbetrag an Zulagen sie ausgezahlt haben.

Die bis zum 31. Dezember nicht abgehobenen bis zum 30. Juni 1919 gezahlten Zulagen sind bei der Mitteilung der im Jahre 1919 auf Veranlassung der Versicherungsträger gezahlten Beträge anzugeben. Die Versicherungsträger erstatten ihren Anteil an den Zahlungen mit je einem Zehntel in den 10 auf das Jahr 1918 folgenden Jahren zugleich mit den Zahlungen aus Versicherungsleistungen.

Die Verordnung tritt leider erst vom 1. Februar dieses Jahres in Kraft. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse wäre eine entsprechende Rückwirkung nur recht und billig gewesen.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

### Das Schicksal der de Wendelschen Werke.

Die großen Bergwerks- und Hüttenanlagen der altlothringischen Familie de Wendel sind unter die Zwangsverwaltung des Reiches gekommen, weil die Repräsentanten dieser Unternehmerfamilie sich bei Kriegsausbruch nach Frankreich begeben haben. Vor einiger Zeit hieß es, etliche Mitglieder des Stahlwerksverbandes würden die de Wendelschen Werke ankaufen, die Verkaufsbedingungen seien mit der Reichsregierung schon vereinbart. Auf eine „kleine Anfrage" des elsäßischen Reichstagsabgeordneten Hauß nach dem Schicksal der de Wendelschen Werke hat nun die Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Die Pressenachrichten, wonach in der Angelegenheit der Liquidation der de Wendelschen Werke die Entscheidung bereits getroffen sei, sind nicht zutreffend. Eine vorzugsweise Berücksichtigung der Lothringer Eisenindustrie und die Herstellung der weiteren Entwicklung der de Wendelschen Hüttenbetriebe ist in Aussicht genommen. Es ist ferner beabsichtigt, den Einfluß des Staates auf die Verwertung des de Wendelschen Besitzes in maßgebender Weise sicherzustellen. Zusagen betreffend eine Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches oder der beteiligten Bundesstaaten an der Durchführung des Liquidationsverfahrens sind von dem früheren Stellvertreter des Reichskanzlers nicht gegeben worden."

Sind etwa die von der Regierung als falsch bezeichneten, aber sehr bestimmt gehaltenen Pressenachrichten, wonach die de Wendelschen Werke schon so gut wie verkauft waren, an etliche Stahlwerksverbandsmitglieder zu Schieberzwecken veröffentlicht worden? Wir hören nun, der „Einfluß des Staates" (Elsaß-Lothringens? — oder doch des Reiches?) auf die Verwertung des de Wendelschen Besitzes werde ein „maßgebender" sein? Soll das heißen, das Reich oder das Reichsland Elsaß-Lothringen wird den de Wendelschen Besitz „verwerten" durch Uebernahme der Werksverwaltung oder durch Verkauf der Anlagen? Soll das Reich oder Elsaß-Lothringen Besitzer und Betreiber der Werke bleiben, oder sollen sie die große Macht des privatkapitalistischen Stahlwerksyndikats noch enorm verstärken? Wer also soll über diesen Kriegsgewinn verfügen: die Allgemeinheit oder der Stahlwerksverband? Das ist aus der Antwort der Regierung nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit zu ersehen.

### Deutschlands Kupferversorgung

kann nur zum kleinsten Teile aus dem Inlande erfolgen. Ueber ¾ unseres Kupferbedarfs müssen wir vom Auslande beziehen. Die Beschlagnahme der kupfernen Hausgeräte, der Kirchenglocken usw. beweist ja genug. Nach der Statistik für 1912 produzierten damals Kupfer (in Tonnen):

| | |
|---|---|
| Vereinigte Staaten von Nordamerika | 566 500 |
| Mexiko | 73 100 |
| Japan | 65 000 |
| Großbritannien und Irland | 63 000 |
| Spanien | 58 000 |
| Australien | 46 200 |
| **Deutsches Reich** | **45 500** |
| Chile | 37 600 |
| Kanada | 34 000 |
| Rußland | 33 600 |
| Peru | 27 800 |
| Italien | 20 700 |
| Frankreich | 13 900 |
| Oesterreich-Ungarn | 4 000 |
| Bolivien | 2 000 |

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Hauptländer der Kupfererzeugung fast alles Staaten sind, mit denen wir Krieg führen. Wollen wir nach Friedensschluß möglichst schnell unseren dringenden Kupferbedarf (z. B. für die große Elektroindustrie decken, dann darf der Frieden kein Gewaltfrieden sein. Der Gewaltfrieden würde einen internationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland nach sich ziehen. (Vergl. auch den Leitartikel in d. Nr.)

### Starke Erhöhung der Mansfelder Kupferpreise.

Im Einvernehmen mit der Heeresverwaltung hat die Mansfelder kupferschiefer-bauende Gewerkschaft ihre Kupferpreise neuerdings erheblich erhöht. Für das im regelmäßigen Bergbau gewonnene Kupfer wurde der Preis von 2600 Mark auf 3500 Mark und für das durch die Verhüttung älterer Halden erzeugte Kupfer von 2000 Mark auf 4000 Mark erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung von 33—34 Prozent des letzten Preises, der schon im Frühjahr eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren hatte. Damit erhält der [illegible] die gegenwärtig geltenden Preise des Weltmarktes für ihre Produktion. — Was werden die Arbeiter davon erhalten?

### Keine Erhöhung der Kohlen-, Koks- und Brikettpreise

soll im ersten Viertel 1918 eintreten. So lassen die Zechensyndikate melden. Natürlich handelt es sich dabei nur um die Nicht- oder Verrechnungspreise. Die Verkaufspreise im Kleinhandel werden, wie aus diversen Lokalzeitungen ersichtlich ist, mit Jahresbeginn eine weitere Erhöhung erfahren haben.

### Die holländische Kohlenförderung

ist im Steigen begriffen. Nach offiziellen Angaben hat betragen die

| | Gesamtbelegschaft (Ende des Monats) | Kohlenförderung |
|---|---|---|
| Oktober 1918 | 13 470 | 229 071 Tonnen |
| September 1917 | 15 311 | 255 003 Tonnen |
| Oktober 1917 | 16 435 | 285 818 Tonnen |

Holland ist in der glücklichen Lage, wenigstens nicht direkt am Kriege beteiligt zu sein. Dagegen weist die Kohlenförderung Oesterreichs ein Minus auf. Januar-November 1916 wurden 14,50 Millionen Meterzentner Steinkohle gefördert, in derselben Zeit 1917 nur 14,23. Die Braunkohlenförderung ging in der Vergleichszeit von 18,47 auf 18,41 Millionen Meterzentner zurück. Die Ursachen der Fördererschwernis sind dort dieselben wie bei uns und auch in Großbritannien. Dieses hat eine bedeutend geringere Kohlenförderung wie im letzten Friedensjahr.

## Aus den Unternehmerverbänden.

### Erstarkung der Unternehmerorganisationen.

Bezeichnend für die organisatorische Erstarkung der Unternehmerorganisationen selbst in der Kriegszeit sind die Vorgänge in der Brauindustrie. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauer-Bundes (Unternehmerverbandes) sind dem Bunde im Geschäftsjahr 1916/17 noch 234 einzelne Brauereien beigetreten; über 100 Brauereiverbände gehören ihm als korporative Vereine an. So ist die Tatsache festzustellen, daß der Brauer-Bund das gesamte Brau-gewerbe, vom größten bis zum kleinsten Betriebe, mit den Hunderttausenden in ihm schaffenden Männern und den in ihm arbeitenden nationalen Werten im Betrage von 8—4 Millionen Mark, vertritt. Mit dieser vollen, restlosen Umfassung der Gesamtheit eines größten deutschen Industriezweiges steht der deutsche Brauer-Bund einzig da im deutschen Wirtschaftsleben.

Die Zahl der Angestellten des Bundes stieg infolge der ausgedehnten kriegswirtschaftlichen Tätigkeit von 16 am Anfang des Krieges auf 104 Mitte Oktober 1917. Der Bund hat durch seinen Anschluß an den Bund der Industriellen sich einen starken Rückhalt geschaffen; er verlangt auch eine Vertretung im „Deutschen Industrieamt", um namentlich für die Uebergangszeit und für die spätere Gestaltung der Produktions- und Handelsbedingungen die Interessen des Brangewerbes wahren zu können.

Natürlich wird die so starke Unternehmerorganisation auch bei zukünftigen Lohnfragen ihr gewichtiges Wort mitreden wollen. Anzeichen dafür sind schon vorhanden. In Versammlungen des Bundes ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von den Arbeiterorganisationen angestrebten Lohnerhöhungen ernste Aufmerksamkeit erfordern. Die Lohnfrage soll an einer Zentralstelle, im Boykottschutz-Verband für Brauereien, bearbeitet werden. Die Unternehmer halten die während der Kriegszeit zugebilligten Lohnerhöhungen nur für vorübergehend; sie hoffen auf eine Preissenkung der meisten für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände, und denken damit auch eine Kürzung der Löhne vornehmen zu können. Wie weit diese Hoffnungen sich erfüllen werden, steht noch sehr dahin. Jedenfalls haben die Arbeiter — und zwar nicht nur in diesem Gewerbe — sondern in allen Industrien, — ein großes Interesse daran, für eine Stärkung ihrer Organisationen sehr bedacht zu sein und nicht etwa, schlechtem Beispiel folgend, durch organisatorische Zersplitterungen ihre wirtschaftliche Kraft zu schwächen.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Der Bund für Vaterland und Freiheit

hielt am 7. d. Mts. im großen Plenarsaale des preußischen Abgeordnetenhauses seine erste außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Dem Bunde gehören bekanntlich in corpore auch die freien Gewerkschaften an, ebenso die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, wie die mehr oder weniger gewerkschaftlich gerichteten Angestelltenverbände, auch zahlreiche unabhängige Sozialpolitiker, Gelehrte usw. Die Versammlung wurde von dem 1. Bundesvorsitzenden, Professor Dr. Frenke, eröffnet und geleitet. Er wies darauf hin, daß der Volksbund eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von 4 Millionen hinter sich wissen. Er erstrebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrenvollen, gerechten Abschlusses des Krieges wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Professor Dr. Troeltsch, der erste Referent, ging auf die dem Willen des neuen Bundes entgegenstehende Vorgründung der Vaterlandspartei ein. So sehr die agitatorische Absicht schon des Namens dieses Vereins nachgefühlt werden kann, so sachlich, unglücklich, unrichtig und anmaßend ist diese Bezeichnung; sie kennzeichnet den Geist, der in den Reihen der „Vaterlandspartei" vorherrschend ist. Ihr stärkster Fehler ist die völlige Außerachtlassung der Rücksicht auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben; wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können. Die zweite Aufgabe des Volksbundes ist die Mitwirkung an der politischen Neugestaltung des Reiches. Ihr Schicksal und ihre Aussichten stehen und fallen heute mit dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage. Der künftige Frieden kann nur ein Vertragsfrieden sein; jeder Vertrag aber bedingt Vertrauen, Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem setzt in allen Völkern eine Demoralisierung der Geister ein; diesen Prozeß zu fördern ist eine sittliche Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Frieden aufgebaut werden kann, soll nicht die Kulturwelt am gegenseitigen Selbstmord zugrunde gehen.

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Legien, führte aus: Die Zustände in Deutschland vor dem Kriege dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr Letztes eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft. Es ist z. B. kein Zufall, daß dieselben Kreise und Personen, die nach außen die Gewalt und die Politik der Faust propagieren, dieselben sind, die im Innern allen freiheitlichen Bestrebungen des Volkes mit allen Mitteln entgegenstehen. Die Wahlrechtsvorlage muß sich durchsetzen; die bis aufs äußerste in Anspruch genommene Geduld des Volkes noch mehr zu belasten, führt notwendig zur Katastrophe. Das gleiche gilt von der baldigen vollen Freiheit des Koalitionsrechts, das sich heute lediglich der Duldung erfreut; vor allem muß der § 153 fallen! Es liegt bei der Zukunft, ob die während dieses Krieges überbrückte Gegensätzlichkeit der Begriffe Freiheit und Vaterland auf immer verbindet oder noch erweitert und unvereinbar gemacht wird."

Der dritte Referent, christl. Generalsekretär, Herrenhausmitglied Stegerwald, führte aus: Der Volksbund lehne das Erstreben einer deutschen Vormachtstellung auf dem Boden von Macht und Gewalt ab, ebenso aber auch eine englische Vormachtstellung, im Kampfe gegen welche Deutschland sein Letztes hergeben werde. Nach dem Kriege müsse eine allgemeine Vertragspolitik herrschen, Deutschland müsse gleichberechtigt unter den anderen Staaten dastehen. Bei dem Frieden würde derjenige am besten fortkommen, der sich zuerst verständige. Einen Vernichtungsfrieden wolle der Volksbund nicht, Deutschland müsse freie Entwickelung gesichert haben, aber der Frieden dürfe nicht den Keim eines neuen Krieges in sich tragen. Für solche Ziele müsse Deutschland kämpfen bis zur letzten Kraft. Den Westvölkern gegenüber sei zu sagen, daß der deutsche Verständigungswille nicht in Verständigungsduselei ausarten dürfe und werde.

Zum Schlusse fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Tapferkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebet

höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingeleiteten freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen, allgemeinen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus und eine volkstümliche Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern gesetzlich geordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeführt werden.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarender Grenzverschiebungen, von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen absieht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahrt. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechts und der Sittlichkeit gewährleisten. In diesen Forderungen weiß sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes."

## Wachstum der Gewerkschaften.

In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 561 auf 1 201 770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 200 oder 26,8 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185 000 auf 365 000, eine Zunahme um fast ½. Aber während die Gewerkschaften 118 805 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortdauernden Entblößung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften doch noch um 155 811 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Krieg ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

## Wilhelm Rössel †.

Der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Rössel, ist als ein Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Zunächst wurde er als vermißt, später als gefangen gemeldet. Aus dem rumänischen Kriegsgefangenenlager Sipote kam schon vor längerer Zeit die Mitteilung, daß Rössel daselbst verstorben ist. An der Richtigkeit der Meldung ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Mit Rössel ist ein Mann der Textilarbeiterbewegung und auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung entrissen, der noch zu großen Hoffnungen berechtigte. In seiner Berufsorganisation war er, als tüchtiger Organisator und Führer geschätzt und geachtet. Der internationalen Textilarbeiter-Organisation war er ein tatkräftiger Mitarbeiter.

# Internationale Rundschau.

## Aufschwung der österreichischen Bergarbeiterunion.

Unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen hat unser österreichischer Bruderband im vergangenen Jahre einen schönen Fortschritt gemacht. Bis zum Novemberende betrug die Mitgliederzunahme bereits 10 255, und die Verbandsleitung rechnet nach den noch vorliegenden Anmeldungen bis Jahresschluß auf 15 000 neue Mitglieder! Das Verbandsorgan klagt aber auch über einen starken Mitgliederwechsel in einzelnen Revieren. Wenn dieser nicht vorhanden wäre, stände sich die Mitgliederzunahme noch um einige Tausend höher. Ueber die Lehren der Kriegszeit schreibt das Verbandsorgan: „Dabei muß betont werden, daß eine eigentliche Werbeaktion gar nicht stattfand. Umso höher sind die Erfolge zu bewerten angesichts der Tatsache, daß die Bergarbeiter strengen diversen Militärgesetzen unterworfen sind, daß sie, nachdem ihre Arbeitgeber die profitgiersten sind, auch mehr Drangsalierungen unterliegen als alle anderen Arbeiter der verschiedensten Berufe. Welche Konsequenz können wir und müssen wir aus diesen Tatsachen schließen? Doch nur die eine Schlußfolgerung: Je mehr Unterdrückung und Drangsalierung, desto mehr Schutzbedürfnisse, desto mehr Einigkeit! Diese Tatsache haben über 10 000 Bergarbeiter durch ihren Beitritt zur Union der Bergarbeiter bestätigt. Mein ist aktiv drang diese Ueberzeugung durch und es wurde als selbstverständlich betrachtet: Es gibt kein anderes Mittel — es kann nur die Zentralorganisation, die Union der Bergarbeiter Oesterreichs sein, die die Bergarbeiter schützt und ihre Interessen am erfolgreichsten vertritt und verteidigt."

## Beitragserhöhung im holländischen Bergarbeiterverband.

Vom 1. Januar an zahlen unsere holländischen Kameraden einen höheren Beitrag, um ihre Kasse zu stärken. Der Wochenbeitrag beträgt nun

Klasse I 25 Cent (50 Pf.) bei einem Tagelohn von bis 2,50 Gulden.
Klasse II 30 Cent (60 Pf.) bei einem Tagelohn von über 2,50 Gulden.
Klasse III 40 Cent (80 Pf.) dieser Beitrag ist freiwillig.

Wir haben nur einen Gulderwert von 2 Mark angerechnet, tatsächlich steht der Gulden zurzeit noch auf 2,10 Mark. Der niedrigste Wochenbeitrag beläuft sich somit auf mindestens 10 Prozent vom Lohn pro Schicht. Also zahlen unsere holländischen Kameraden heute schon einen höheren Verbandsbeitrag, ohne höhere Ansprüche auf die Verbandsleistungen, als die Mitglieder des deutschen Bergarbeiterverbandes.

# Mißstände auf den Gruben.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Zeche Bruchstraße.** Im Revier 4, Steiger Hering, hat hier ein Hauer im November nur 6,50 Mark pro Schicht verdient. Als er sich beim Betriebsführer darüber beschwerte und fragte wie er sich mit seiner Familie mit einem solchen Lohn durchschlagen soll, sagte dieser: ihr seid Faulenzer, ihr tut nichts. Das ist eine sehr bequeme Art, unliebsame Beschwerden abzutun, aber gerecht ist sie nicht. Mit 6,50 Mark kann in jetziger Zeit keine Familie auskommen, und wenn dann noch Krankheiten eintreten, ist es besonders schlimm. In diesem Fall war aber noch ein Kind erkrankt und mußten die erheblichen Krankenhauskosten bezahlt werden. Wie soll das bei einem solchen Lohn möglich sein. Der Arbeiter muß doch wenigstens soviel verdienen, daß er seine Arbeitskraft erhalten und erneuern kann. Mit der Bemerkung, ihr seid Faulenzer, ihr tut nichts, ist die Sache nicht abgetan. Was hat denn der Betriebsführer getan? Hat er Gedinge, Arbeitsverhältnisse usw. nachgeprüft, bevor der Lohn von 6,50 Mark zur Auszahlung gelangte? Wohl kaum. Was soll nun der Arbeiter machen? Die Entlassung erhält er nicht! Mit einem solchen Lohn kann er auch nicht bestehen! Was soll da geschehen? Das sind doch alles Fragen, die sich ein gewissenhafter Betriebsleiter vorlegen muß. Und wer das nicht tut, handelt nicht gewissenhaft. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Stellen hier nach dem Rechten sehen.

**Zeche Constantin VI und VII.** Im Revier 8, Röttgersbank, sowie auch in Flöz Wilhelm wird sehr schlecht verdient. Es fallen hier noch Schichtlöhne von unter 10 Mark. So verdiente eine Kameradschaft 8,94 Mark. Schuld ist hier die Störung. Auf Röttgersbank stehen die Arbeiter fortwährend im Nassen, und würde durch Legen von Eisenplatten, damit das Wasser ablaufen kann, Besserung zu erzielen sein.

**Zeche Deutschland (Schacht Beust).** Die Lohnzahlungen dauern hier ungewöhnlich lange. Bei der letzten Lohnzahlung vor Weihnachten mußten die Leute z. B. stundenlang in der starken Kälte auf ihre so sauer verdienten Pfennige warten. Wer in der warmen Stube sitzt, kann es aushalten. Aber selbst wenn die Leute sich in einem geheizten Raum aufhalten könnten, wäre es unerhörig, sie stundenlang warten zu lassen. Ueber das Benehmen der Beamten den Arbeitern gegenüber wird allgemein geklagt. Der Betriebsführer Schmidtkort ergeht sich bei jeder Gelegenheit in beleidigenden Ausfällen gegen die Arbeiter. Besonders übel erging es kürzlich zwei Unorganisierten, die es allerdings auch nicht besser haben wollen, sonst hätten sie sich längst unserem Verband angeschlossen. Für sie einzutreten, besteht auch für uns kein Anlaß. Aber auch unsere Verbandskameraden werden durch das Verhalten des Betriebsführers betroffen oder in Mitleidenschaft gezogen, und darum müssen wir uns dagegen wehren. Und wenn es sich nicht ändert, werden wir Roß und Reiter nennen. Selbstverständlich suchen die Beamten das nicht nachahmenswerte Beispiel des Betriebsführers nachzuahmen. Da tut sich besonders der Steiger Hark, gebürtig aus Stiepel, hervor. Wenn dessen Tüchtigkeit auf gleicher Höhe stände, wie seine Begabung zum Schimpfen, dann könnte er sich sehen lassen. Aber — na, schweigen wir heute in der Hoffnung, daß Besserung eintritt.

**Zeche Ewald I und II.** Mehr Ordnung und Pünktlichkeit bei der Seilfahrt wäre hier sehr erwünscht. Bei der Einfahrt morgens wird in der Regel schon etwas früher begonnen, bei der Ausfahrt aber nimmt man es nicht so genau. Signaleinrichtungen sind entweder nicht da oder sie werden nicht benutzt, denn bei der Seilfahrt wird gerufen: „Unter-satz fertig! Mittelsatz fertig!" usw. Daß dabei auch Unberufene rufen und Unglücke passieren können, ist doch naheliegend. Warum wird trotzdem keine Aenderung geschaffen? Neben der Seilbahn ist ein Fahrweg, der aber mit Holz, Rutschen usw. belegt ist. Ist das in der Ordnung? In der Waschkaue laufen die Brausen teilweise unregelmäßig und schlecht, beim Kohlenbezahlen müssen die Arbeiter oft ungewöhnlich lange warten. Warum wenden sich die Arbeiter mit solchen Beschwerden nicht an den Arbeiterausschuß, der doch dafür da ist, Wünsche und Beschwerden vorzubringen?

**Zeche Hamburg in Annen.** Im Dezember wurden hier zwei Ueberschichten verfahren, und zwar am 14. und 29. Ein Teil der Mittagschicht fuhr aus, mußte aber in schweißdurchweichten Kleidern an dem kalten Schacht warten, bis um 11 Uhr abends die Seilfahrt begann. Auf die Gesundheit der Arbeiter wird eben keine Rücksicht genommen. Zwang zu Ueberschichten soll auch nicht geübt werden aber — Zusagen, Verordnungen, Gesetze usw. stehen auf dem Papier, wenn keine Macht dahinter steht, die ihnen Geltung verschafft. Ordnung und Pünktlichkeit bei der Seilfahrt nach der 7. Sohle lassen viel zu wünschen übrig. Das ist doch eigentlich alles selbstverständlich, solange es die Unorganisierten nicht besser haben wollen.

**Zeche Hibernia.** Die Einfahrt der Nachtschicht erfolgt hier mit der Ausfahrt der Mittagschicht von 10½—11 Uhr abends, die Ausfahrt aber erst von 7—7½ Uhr morgens. Nach der Arbeitsordnung und dem Bergegesetz soll die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt 8½ Stunden nicht überschreiten. Braucht sich der Staat daran nicht zu halten? Zudem wird mit der Ausfahrt in der Regel nicht einmal pünktlich begonnen. Im Dezember wurde nur zweimal und zwar am 13. und 18. pünktlich begonnen, sonst wurde es immer später, manchmal bis zu 20 Minuten. Das ist doch Willkür in Reinkultur. Die Lampen sind teilweise in mangelhaftem Zustande und brennen nicht, oder gehen während der Schicht aus. Die Waschkaue wird nicht regelmäßig und ausreichend geheizt. Die Kleider trocknen nicht, so daß sie in feuchtem oder nassem Zustande wieder angezogen werden müssen.

**Zeche Ickern.** Am 31. Dezember wurden hier eine Anzahl Arbeiter nach Hause geschickt, obwohl es noch keine 6 Uhr, also noch früh genug zur Anfahrt war. So ging es auch bei der Anfahrt der Mittagschicht. Auf der einen Seite werden die Arbeiter zu Ueberschichten angehalten, auf der anderen Seite in dieser Weise gehindert, ihre regelmäßigen Schichten zu verfahren. Daß die Arbeiter fast immer ungewöhnlich lange auf ihre Lampen warten müssen, weil diese nicht in Ordnung sind, wird nicht berücksichtigt. Sowohl die elektrischen wie die Benzinlampen versagen immer wieder, und die Arbeiter müssen laufen und warten und trotzdem noch manchmal im Dunkeln stehen. Das sind ganz unhaltbare Zustände. Ueber viele und harte Bestrafungen wird ebenfalls geklagt. Das kann nach den sonstigen Verhältnissen nicht überraschen. Aber gebessert wird dadurch nichts, sondern nur Verärgerung erzeugt.

**Zeche Kaiserstuhl, Schacht I.** Am 7. Januar 1918 wurde ein Arbeiter, der Knappschaftsältester ist, bei Anfrage um Arbeit über Tage vom Wettersteiger Gerhold zum Maschinensteiger geschickt, dieser sagte, daß er in der Wäsche einen Arbeiter gebrauchen könne, und übergab demselben eine Bescheinigung, um sich damit am Schalter für Arbeiteranmeldung zu melden. Am Schalter saß der Oberbeiger Dellmann. Als er den Namen des Arbeiters las, frug er: „Sind Sie der Knappschaftsälteste K.?" Auf Bejahung dieser Frage riß er die dem Arbeiter ausgehändigte Bescheinigung entzwei mit den Worten: „Da hast." (Leute hört!) Wir fragen, kam dieser Mann für die Zeche als Arbeiter oder als Knappschaftsältester in Frage? Oder liegt vielleicht auf Zeche Kaiserstuhl I ein Beschluß vor, daß Knappschaftsälteste überhaupt nicht eingestellt werden dürfen? Der Arbeiter war auf Kaiserstuhl II fast 5 Jahre beschäftigt, Betriebsmann und Ausschußmitglied, und hat seine Pflicht getan, sich dadurch aber bei der Verwaltung mißliebig gemacht, so daß er nach dem Streik von 1912 entlassen und gemaßregelt wurde. Dieses ist dem Obersteiger D. bekannt. Aber ist ihm nicht auch der Satz bekannt: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!" Welche Erbitterung mußte diesen Arbeiter überkommen, der als Kriegsteilnehmer 17 Monate in Feindesland seine heimatliche Scholle verteidigte, kann sehr schwer verwundet in Gefangenschaft geriet und 17 Monate in derselben, fern von der Familie, schmachten mußte. Trotzdem wurde ihm eine solche Behandlung zuteil. Das ist Zechendank!

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Grube Vereinigte Alte.** Auf Drängen unseres Verbandes hat die Grubenverwaltung hier den Arbeitern ab 1. Oktober 1917 eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zugestanden. Zugestanden! Damit ist aber noch nicht gesagt, daß alle Arbeiter die 25 Prozent Lohnerhöhung erhalten. Im Grunde genommen steht dieselbe auch nur Verbandsmitgliedern zu. Die Unorganisierten haben nichts gefordert, wollen auch weder Lohnerhöhungen noch Verbesserungen der sonstigen Arbeitsbedingungen, sonst würden sie sich längst unserem Verbande angeschlossen haben. Ein Teil der Arbeiter wartet dann auch noch vergeblich auf die versprochene Lohnerhöhung. Besonders sind es Arbeiterinnen, jugendliche und fremdsprachige Arbeiter, welche entweder keine oder keine 25 Prozent Lohnerhöhung erhalten haben. Sie sind meist unorganisiert und wollen es folglich auch nicht besser haben. Wer nicht hören will, muß fühlen. Auf erhobene Beschwerde verlangte die Direktion die Namen derjenigen, welche die versprochene Lohnerhöhung nicht erhalten hatten. Die Namen wurden eingereicht mit dem Erfolge, daß die unteren Organe sich noch weitere Abzüge erlauben. So kann man mit unorganisierten Arbeitern umspringen. Man sollte meinen, daß jeder Arbeiter, der die zugesicherte Lohnerhöhung fordert, mit Höflichkeit empfangen und behandelt würde. Aber — Macht entscheidet! Auch da haben Unorganisierte schon eigene Erfahrungen gemacht. Wie man sich bettet, so schläft man. Wir haben jedoch keinen Anlaß, darauf einzugehen; das Verbandsblatt ist naturgemäß nur für Verbandsmitglieder da. Wer Schutz und Unterstützung im Verband und im Verbandsblatt finden will, muß Verbandsmitglied werden. Besonders wird über die Umgangsformen des Steigers Schmelzer geklagt. Einem Arbeiter, der sich beschwerte, weil er die zugestandene Lohnerhöhung nicht erhalten hatte, wies er in barschem Tone die Tür. Wir hoffen, daß wir uns nicht weiter mit diesem Steiger zu beschäftigen brauchen, sonst müßte es eingehender geschehen. Die Kantine gibt auch Anlaß zu Klagen. Sehr oft kommt es vor, daß das Essen nicht zur richtigen Zeit fertig ist und die Leute warten müssen. Dadurch geht den Arbeitern ihre Mittagspause, die doch eine Ruhepause sein soll, zum Teil verloren. Die Einhaltung der Mittagspause ist in der jetzigen Zeit des Nahrungsmangels besonders zu beklagen, weil doch die Ruhe die Nahrung teilweise ersetzt. Der Anblick einer Reihe hungriger und müder Menschen, die mit der Schüssel in der Hand auf ihr Essen warten müssen, ist nicht gerade erbauend. Wenn diese hungrigen, müden Menschen dann ungeduldig werden und an den Schalter klopfen, dann reißen entweder Herr oder Frau Kindern die Schalterklappe auf und sagen: „Nur nicht so frech! Wer nicht anständig ist, kriegt nichts!" Es ist dann auch schon wiederholt vorgekommen, daß Arbeiter überhaupt kein Essen erhalten haben. Das ist doch wirklich stark. Herr und Frau Kindern sollen das Essen pünktlich ausgeben, und wenn sie das nicht tun und die Arbeiter um die Mittagsruhe bringen, dann verstoßen sie nicht nur gegen ihre Pflicht, sondern handeln den Arbeitern gegenüber rücksichtslos. Und wenn sie dann, statt um Entschuldigung zu bitten, die Arbeiter in der angeführten Weise anfahren, so zeigt das, daß bei ihnen einige Begriffe auf dem Kopf stehen. Es muß ihnen darum begreiflich gemacht werden, daß das Essen pünktlich fertig sein muß und die Arbeiter nicht um ihre Mittagsruhe gebracht werden dürfen. Weiter, daß die Arbeiter nicht ihretwegen, sondern sie der Arbeiter wegen da sind. Und dann ist es auch notwendig, daß die Aborte sauber und auch sonst in Ordnung gehalten werden. Dieselben dürfen nicht in einem Zustande sein, daß sie die Nachbarschaft verpesten und kaum benutzt werden können.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Mislowitzgrube.** Im Badehause dieser Grube herrscht große Unordnung. Zunächst sind die an das Badehaus anschließenden Abortanlagen ohne Wasserspülung, weil das Wasser abgesperrt ist. Die Folge davon ist, daß von diesen Anlagen aus ein pestilenzartiger Geruch verbreitet wird und sie sich in einem ekelerregenden Zustande befinden. Es ist dringend geboten, daß sofort Abhilfe geschaffen wird. Die Behandlung der Arbeiter läßt auch viel zu wünschen übrig. Im Beschimpfen der Arbeiter tut sich besonders Herr Fahrsteiger Schmalz hervor. Die Hauer müssen ihm nach beendigter Schicht die Förderung angeben. Kommt nun jemand, der nach seiner Ansicht nicht genügend gefördert hat, dann entschlüpfen dem Gehege seiner Zähne Worte, wie „Faulenzer, Hacharen, polnische Schweine" usw. Polnische Schweine wären in der Zeit der Fettknappheit gar nicht zu verachten, aber die Leute derartig zu titulieren, ist doch unter aller Würde. Auch Herr Bergverwalter Waller wird oft recht aufgeregt und ungemütlich. Etwas mehr Ruhe würde seiner Beamtenwürde besser entsprechen. In der Hauptförderstrecke nach dem Moritzflöz ist der Fahrweg in großer Unordnung und kann von den Arbeitern nicht benutzt werden. Sie müssen darum durch die Förderstrecke gehen und kommen hierbei in Gefahr, durch die elektrische Förderung überrannt zu werden. Wir geben zu, daß der Arbeitermangel manches verschuldet haben mag, aber allzu viel Nachlässigkeit darf doch nicht auf Kosten gesunder Arbeiter geduldet werden. Wir bitten die Verwaltung, daß die gerügten Uebelstände bald beseitigt werden.

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Seltene Einmütigkeit in der Beitragsfrage.

Mit seltener Einmütigkeit haben sich Vertrauensleute und Mitgliedschaften unseres Verbandes bisher überall für die Beitragsregelung ausgesprochen und zwar in vielen Zahlstellen und Bezirken mit Wirkung vom 1. Januar ab. Diese seltene Einmütigkeit zeigt besser wie alles andere, daß unsere Mitglieder den Ernst der Zeit erkannt haben und nicht gewillt sind, immer nur Ambosz zu sein, statt Hammer sein zu können. Dieser Gedanke erfüllt und leitet alle und kommt auch in der guten Weiterentwickelung unseres Verbandes zum Ausdruck. Alle Zuschriften zur Beitragsregelung sind ebenfalls von diesem Gedanken getragen. In einer dieser Zuschriften aus Kameradenkreisen heißt es z. B. u. a.:

„Unsere jetzige Beitragsregelung ist nicht nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber den Mitgliedern, die den freiwilligen Wochenbeitrag von 60 Pf. bisher schon zahlten, sondern auch eine von unserer letzten Generalversammlung in Hannover gewollte Selbstverständlichkeit. Als diese Generalversammlung im April 1913 den freiwilligen Wochenbeitrag von 60 Pf. einstimmig beschloß, geschah es in der schweigenden Voraussetzung, daß er von allen Mitgliedern bezahlt würde, die einen dementsprechenden Lohn verdienten. Schon im April 1913 hielt also unsere Generalversammlung einen Wochenbeitrag von 60 Pf. für notwendig, sah aber von einer zwangsweisen Einführung ab, weil angenommen wurde, daß derselbe auch freiwillig von allen Mitgliedern mit einem entsprechenden Lohn bezahlt würde.

Inzwischen sind fast 5 Jahre verflossen. Ueber 41 Monate tobt schon der Weltkrieg. Eine kolossale Entwertung des Geldes ist infolge der Teuerung eingetreten. Die Aufgaben unseres Verbandes sind riesig gewachsen. Ungleich schwerer aber werden seine Aufgaben noch in der Zukunft sein. Obwohl noch kein Ende des Weltkrieges und der Teuerung abzusehen ist, haben Unternehmerorgane wie die „Industrie", die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" usw. schon vor mehr als Jahresfrist eine Steigerung der Arbeiterleistung und einen Abbau der Arbeiterlöhne für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht gestellt. Die Teuerung wird aber auch nach dem Kriege zunächst noch fortbestehen. Und doch: Abbau der Löhne, Steigerung der Leistung!

Was soll dann werden? Haben denn die Arbeiter bisher zuviel verdient? Oder haben sie nicht ihre ganzen Kräfte bei der Arbeit eingesetzt? Sicher haben die Arbeiter ihre ganzen Kräfte bei der Arbeit eingesetzt und dabei nicht zuviel, sondern zu wenig verdient. Die Lohnsteigerungen, die auf Drängen unseres Verbandes eingetreten sind, bilden keinen Ausgleich zu der außerordentlichen Teuerung. Trotzdem: Abbau der Löhne, Steigerung der Leistung! Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest! Und doch ist es Wahrheit, kein böser Traum steckt uns!

Jawohl, Wahrheit, der wir entschlossen entgegensehen müssen. Und da ist es wirklich mehr als bescheiden, wenn angesichts dieser harten Tatsachen unser Verband heute **im Januar-Februar 1918 endlich zu dem kommt, was unsere Generalversammlung im April 1913 schon für notwendig hielt.** Da ist es wirklich nicht angebracht, dem Opfersinn der Mitglieder Loblieder zu singen, im Gegenteil, es hätte mehr geschehen können und müssen. Wenigstens kann niemand sagen, es übersteige seine Kräfte, wenn er bei entsprechendem Lohn einen Wochenbeitrag von 60 Pf., und außer dem Lokal- noch einen Extrabeitrag von 10 Pf. bezahlt. Wo es um die Selbsterhaltung geht, setzt man alles ein, seine ganze Kraft, sein ganzes Können.

Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So setz zuerst dich selber ein,
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
Darf nicht sein eigener Sklave sein."

### „Dann lasse ich mich streichen!"

Das ist eine bekannte Redensart. Wenn es dem einen oder anderen einmal nicht nach Willen geht, dann heißt es sehr oft gleich: „Dann lasse ich mich streichen!" Als ob dadurch irgend etwas geändert, gebessert oder erreicht werden könnte! Diese Redensart zeugt vielmehr nur von einem großen Mangel an Ernst und Einsicht. Unser Verband ist doch nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Selbsterhaltung. Und daß er diesen Zweck erfüllt, sollte nachgerade jeder Bergmann wissen. Wie stände es um die Bergarbeiter, wenn unser Verband nicht wäre? Wie kann man da sagen, dann lasse ich mich streichen? Darin liegt eine Drohung, die sich im Grunde genommen doch lediglich gegen die eigene Selbsterhaltung richtet. Das ist unsagbar einfältig.

Wer nicht als gedankenloser Einfaltspinsel gelten will, unterlasse darum diese mehr als einfältige Redensart. Die Zeit ist ernst und schwer. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Da brauchen wir Männer und keine gedankenlosen Einfaltspinsel. Männer müssen alle werden, die sich schämen, eine so unsagbar einfältige und gedankenlose Redensart auszusprechen. Männer brauchen wir, die wissen, was sie wollen, die sich von ihrem Verstande und nicht von ihren wechselnden Gefühlen und Launen leiten lassen.

### Keine Erhöhung der Kartoffelration.

Auf unsere Eingabe um Erhöhung der Kartoffelration vom 17. November 1917 erhielten wir folgende Antwort:

„Berlin, den 31. Dezember 1917.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. H. des Herrn H. Sachse.

Eine Heraufsetzung des Kartoffelwochenkopfsatzes von 7 auf 10 Pfund kann leider nicht erfolgen. Wenn auch anzunehmen ist, daß die tatsächlichen Ernteerträge die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen übersteigen, so sind doch die in Bezug auf den Ausfall der Kartoffelernte vielfach gehegten großen Erwartungen nicht in vollem Umfange in Erfüllung gegangen. Nach dem Wirtschaftsplan der Reichskartoffelstelle ist zur Deckung des gesamten Bedarfs schon bei Zugrundelegung eines Wochenkopfsatzes von 7 Pfund für die versorgungsberechtigte Bevölkerung eine Mindesternte von 34 bis 35 Millionen Tonnen Kartoffeln erforderlich, eine Menge, die die tatsächlich vorhandenen Kartoffelvorräte voll in Anspruch nimmt. Eine Heraufsetzung der Kartoffelration würde aber auch an den Verkehrs- und Betriebsschwierigkeiten scheitern, und würde die schwere Gefahr in sich bergen, daß die von den Bedarfsstellen zur Deckung des Winterbedarfs eingelagerten Kartoffeln schon zu einer Zeit aufgebraucht wären, in der der Frost aller Wahrscheinlichkeit nach die Heranführung neuer Kartoffelmengen unmöglich machen würde, ein Umstand, der unbedingt vermieden werden muß. Dagegen hat die Reichskartoffelstelle innerhalb ihres Wirtschaftsplanes eine Kartoffelreserve gebildet, die die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden muß, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres Ausfälle auf anderen Gebieten der Nahrungsmittelzuteilung stattfinden können; die Kartoffelreserve soll dann dazu dienen, in Notfällen, insbesondere für die schwerarbeitende Bevölkerung, Aushilfe zu schaffen. Dies ist aber nur in bestimmten Grenzen möglich. Aus diesem Grunde muß zugleich dringend davor gewarnt werden, daß die Bevölkerung von den eingekellerten Kartoffelmengen mehr als 7 Pfund für den Kopf und die Woche verbraucht. Um einen vorzeitigen Verbrauch dieser Kartoffeln zu verhindern, sind die Kommunalverbände gehalten, bei den Verbrauchern Revisionen der Vorräte vorzunehmen und die Bevölkerung entsprechend aufzuklären. Die Arbeiterverbände würden sich einen Verdienst um die Volksernährung erwerben, wenn sie sich an den Aufklärungsarbeiten beteiligen und vor allem der Arbeiterschaft darlegen würden, daß ein Ersatz für vorzeitig verzehrte Kartoffeln nicht erfolgen kann.

gez. Waldow."

Für den Schleichhandel bestehen die angeführten Schwierigkeiten anscheinend nicht. Der Wucherpreise zahlen kann, brauchen sich keine Beschränkungen aufzuerlegen. Leider wird dieses Kapitel in vorstehendem Antwortschreiben nicht berührt.

### Entstehung der Knappschaftsvereine.

Ein Nebenzweck der Knappschaften war, die unterstützungsbedürftigen Kameraden, ebenso ihre Witwen und Waisen, zu unterstützen, um sie vor äußerster Not zu schützen. Dieser Zweck wurde anfangs dadurch erreicht, daß freiwillige Spenden gesammelt, d. h., in eine verschlossene aufgestellte Büchse geworfen wurden. Die dadurch eingehenden Gelder wurden von Beauftragten der Bergarbeiter (Knappschaftsälteste und Knappschaftsjüngste) verwaltet und je nach Bedarf ausgegeben. Für Schäden bei Unfällen und Krankheiten hatten die Gewerkschaften, d. h. die Bergwerksbesitzer selbst aufzukommen. die Büchsenkassen, wie man sie nannte, waren daher nur eine primitive Einrichtung zur Zahlung von Unterstützungen an Invaliden, Witwen und Waisen, sowie sonstige bedürftige Bergarbeiter, je nachdem es die Mittel der freiwilligen Sammlungen erlaubten.

Durch Bergordnungen wurden im 16. Jahrhundert dann regelrechte Beiträge festgesetzt, die von den Bergarbeitern zu zahlen waren, während die Gewerkschaften oder Landesherren öfters freiwillige Zuschüsse leisteten. Durch diese Förderung erstarkten diese Kassen, und sind aus ihnen dann die Knappschaftsvereine entstanden, die als alleinigen Zweck, im Gegensatz zu den Knappschaften, nur noch die Unterstützung ihrer Mitglieder und deren Angehörigen im Auge haben, während die allgemeine Interessenvertretung des Bergarbeiterstandes von den modernen Berufsverbänden übernommen wurde, die aber zugleich ihr Augenmerk besonders mit auf die Knappschaftsvereine richten und um deren Ausbau und Verbesserung ringen.

In manchen Gegenden hatten die aus der Knappschaft hervorgegangenen Unterstützungseinrichtungen auch andere Namen, wie Bruderschaften auch Altarbruderschaften, doch verfolgten die letzteren mehr kirchliche Zwecke, und bestanden auch noch, als die Knappschaft der Bergarbeiter schon vergangenen Zeiten angehörte, und in anderen Gegenden schon längst die Büchsenkassen durch Knappschaftsvereine abgelöst waren. So im Wurmgebiet, wo im Jahre 1824 noch in Bardenberg, Würselen und Kohlscheid mehrere bestanden, wovon eine der bedeutendsten die Katharina-Bruderschaft war, die 1824 noch 240 Mitglieder zählte. Wer in diese Bruderschaft aufgenommen sein wollte, durfte keiner anderen Bruderschaft angehören, nicht über 36 Jahre alt und frei von allen körperlichen Schäden sein. Die Verwaltung und Aufrechterhaltung der Bruderschaft geschah durch einen Hauptmann, der den Vorsitz führte, sechs Vorstehern und sechs Gemeinsmännern, die ihr Amt unentgeltlich versahen. Sie wurden durch Stimmenmehrheit und alle drei Jahre neu gewählt. Jedes Mitglied bezahlt beim Eintritt 20 Pf. und 10 Pf. Schreibgebühren, sowie als Beitrag jeden ersten Sonntag des Monats 20 Pf. Wer 3 Monate mit den Beiträgen im Rückstande war, wurde ausgestoßen. Wurde ein Bruder krank, hatte er sich Mittwoch vormittags beim Gemeinsmann zu melden. Die Meldung ging an zwei weitere Gemeinsmänner weiter, damit die Krankheit wirklich festgestellt wurde. Als Unterstützung erhielt er die Woche darauf 1 Taler. Die folgende Woche und laufend weiter nur noch 15 Silbergroschen wöchentlich. Die Unterstützung wurde für 17 Wochen ausgezahlt, außer das Mitglied gehörte schon 12 Jahre der Bruderschaft an, dann erhielt es nach Ablauf der 17. Woche noch wöchentlich 7 Silbergroschen, 6 Pf., bis die Krankheit vorüber war. Alte und arbeitsunfähige Mitglieder erhielten eine fortlaufende wöchentliche Unterstützung von 1 Franc. Hinterbliebene erhielten eine Unterstützung, die nach der Mitgliederzahl der Bruderschaften berechnet wurde und ungefähr 24 Taler ausmachte. Am Katharina-Feste mußte jeder Bruder der Messe und dem Opfergang beiwohnen, wer fehlte, zahlte eine Strafbuße.

In diesem Revier kamen deshalb die Knappschaftsvereine so spät zur Geltung, weil vorher unter französischer Herrschaft wenig um den Ausbau bestehender Büchsenkassen oder Bruderschaften gegeben wurde. Wie überhaupt der Wurmbergmann in damaliger Zeit ein miserables Dasein führte. Wird doch folgendes zur Charakterisierung der herrschenden Zustände in jenen Jahren in der „Geschichte der Wurmknappschaft" angeführt:

„Ein großer Teil der Grubenarbeiter, welche Kohlenknechte genannt wurden, lebte in mißlichen Verhältnissen. An Anschaffung eines erträglichen Nachtlagers wurde nicht gedacht, der müde Bergmann legte sich auf den glatten Boden seines Zimmers, sammelte da neue Kräfte für die nächste Schicht und verdarb so an Leib und Seele. In einer Wohnung, die von jedem Geräthe zur Erleichterung des Lebens leer ist, kann sich niemand heimisch fühlen; daher kein Wunder, wenn die Kinder das elterliche Haus verließen, sobald sie einigermaßen erwerbsfähig waren und zum besseren Zustande der Familie beitragen konnten. Die Behörde erkannte es daher als ihre heilige Pflicht, den Versuch zu machen, auch bessernd auf die Moralität der Bergarbeiter einzuwirken, was wohl am besten durch Gewährung gewisser Vorteile, Unterstützung der Bergleute wechselseitig unter sich und durch die Gewerkschaft erreicht werden konnte, und wozu eine Knappschaftskasse am geeignetesten war."

Welcher Kontrast zwischen diesen Kohlenknechten des 19. Jahrhunderts, deren Elite noch in Bruderschaften vereinigt war, und den geachteten Bergknappen des Mittelalters, voller Standesbewußtsein, vereinigt in ihrer Knappschaft!

Daß es so traurig um den Wurmbergmann bestellt war, lag an den Werksherren zum größten Teile. Es herrschte das Trucksystem, statt mit Bargeld wurde mit Warenbons ausgezahlt; Sachwalter der Gruben lieferten dafür Waren und besonders gern, da sie am meisten dabei verdienten, geistige Getränke. Ist es da verwunderlich, daß geistig träge Arbeiter, die ohne Bargeld für Bons alles erhielten, was sie brauchten, nicht an den Lohntag dachten, sondern für Getränke usw. mehr ausgaben, als sie gegenüber ihrer Familie verantworten konnten. Sie blieben dadurch immer in Schulden und großer Armut, abhängiger wie die Bergarbeiter anderer Reviere von den Grubenherren.

In Lothringen konnte man noch nach 1900 dieses Warenbonsystem treffen, das die Arbeiter in den Händen der Unternehmer festhielt. In den Warenkonsumanstalten mancher Erzbarone wurde auf Bons der Schnaps literweise ausgegeben. Auch dort führten die Werksherren nicht früher eine Aenderung ein, als bis sie durch Arbeiterorganisationen und Regierung dazu gezwungen wurden. Heute sträuben sich noch lothringische Bergherren gegen Einführung des Eisenacher Freizügigkeitsvertrages.

In anderen Bergbaurevieren waren schon Jahrhunderte vorher aus den Büchsenkassen die Knappschaftsvereine hervorgegangen. Schon im 12. Jahrhundert wird aus dem Harz, wo Silber- und Erzbergbau getrieben wurde, über Knappschaftswesen berichtet. Im Gebiete des Deister waren im 14. Jahrhundert 12 Knappschaftsvereine nachweisbar. In Hessen, Mansfelder Gebiet, sowie in Anhalt, bestanden im 15. und 16. Jahrhundert Knappschaftsvereine, was aus mehrfachen Bergordnungen nachweisbar ist. Der 30jährige Krieg erstickte dieses blühende Leben; doch regelte die Eisleben-Mansfelder Bergordnung vom 28. Oktober 1673 auch das Knappschaftswesen, so daß die Kriegsfolgen dessen Aufleben doch nicht verhindern konnten. Ein Beweis, welch guter Kern darin steckte, den aber auch, als die Produktionswirtschaft der früheren Periode in eine rein kapitalistische umwechselte, die Grubenbesitzer in ihrem Sinne natürlich sehr gut begriffen und bestrebt waren, Einfluß in der Knappschaft zu gewinnen, um die Satzungen festlegen zu können. Dies konnte ihnen selbstverständlich nur gelingen, wenn sie mit zum Erhalt der Kassen beitrugen, was sie zuerst in Form freiwilliger Zuwendungen taten. Die Bergordnungen (die erste Bergordnung, welche Bestimmungen über das Knappschaftswesen traf, ist die sogenannte Kuttenberger Bergordnung König Wenzels II. von Böhmen, vom Jahre 1300) trafen später Bestimmungen, nach denen der Beitrag der Bergarbeiter festgelegt wurde, und die Grubenbesitzer gemäß den nach und nach erweiterten Beitragspflichten auch mehr Rechte in der Knappschaftsverwaltung erlangten. Während aber in früheren Zeiten die Pflicht der Krankengeldzahlung ganz den Gewerken oblag, trägt heute der Arbeiter durch Beitragszahlung sein Teil mit bei. Das heutige Unternehmertum hat also keinen Anlaß, über zu starke soziale Lasten zu klagen.

Gegen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Knappschaften nur noch reine Unterstützungskassen, die auf gesetzlicher, d. h. behördlicher Regelung beruhten, Krankengelder an ihre Mitglieder zahlten, sowie bergfertigen Mitgliedern oder ihren Hinterbliebenen Pensionen zukommen ließen. Die Beiträge wurden von den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern aufgebracht, öfters von Letzteren noch durch Freikuxe.

Oefters trugen die Knappschaften auch die Schullasten, stellten Prediger an, bauten Kranken- und Invalidenhäuser, Ueberschüsse wurden gegen mäßigen Zins zum Hausbau an Knappschaftsmitglieder ausgeliehen. Die Verwaltung wurde von dem Berggeschworenen ausgeübt, der Staats-Bergbeamter war, und dem die Aeltesten zur Seite standen.

Die Leitung durch Staatsbeamte entsprach dem damals geltenden Direktionsprinzip, d. h. Staatsbeamte gaben ihre Direktiven (Anweisungen) über die Höhe der Löhne, Aufnahme der Bergleute, Ueberwachung des Bergbaues usw. Die Grubenbesitzer waren wohl formell Eigentümer, bezogen auch ihre Gewinne, doch den wirklichen Grubenbetrieb leiteten Staatsbeamte, ebenso wie die Knappschaft.

# Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

## Zulagen für Rentenempfänger der Invalidenversicherung.

Der Bundesrat erläßt im „Reichsanzeiger" vom 5. Januar eine Verordnung, wonach Empfängern einer Invalidenrente, wenn sich dieselben im Inland aufhalten, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird. Die Zulage beträgt für Empfänger einer Invalidenrente monatlich 8 Mark, für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente monatlich 4 Mark, und wird im voraus bezahlt. Auch an Empfänger, die nur einen Bruchteil der Rente erhalten, wird die Zulage in vollem Betrage entrichtet. Sie wird dem Berechtigten ohne besondere Anweisung des Versicherungsträgers vorschußweise durch diejenige Zahlstelle der Post, welche dem Empfänger bezeichnet ist, gegen Quittung ausgezahlt. Nicht abgehobene Zulagen werden nur bis zum 30. Juni 1919 nachgezahlt. Den Sonderanstalten, die ihre Zahlungen ohne Vermittlung der Postanstalten selbst leisten, überweist das Reich allmonatlich einen Vorschuß, der dem Betrag entspricht, den die Sonderanstalt voraussichtlich an Zulagen zu zahlen hat. Letztere sowohl wie die obersten Postbehörden haben der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamtes binnen acht Wochen nach dem 31. Dezember 1918 mitzuteilen, welchen Gesamtbetrag an Zulagen sie ausgezahlt haben.

Die bis zum 31. Dezember nicht abgehobenen bis zum 30. Juni 1919 gezahlten Zulagen sind bei der Mitteilung der im Jahre 1919 auf Anweisung der Versicherungsträger gezahlten Beträge anzugeben. Die Versicherungsträger erstatten ihren Anteil an den Zahlungen mit je einem Fünftel in den 10 auf das Jahr 1918 folgenden Jahren zugleich mit den Zahlungen aus Versicherungsleistungen.

Die Verordnung tritt leider erst vom 1. Februar dieses Jahres in Kraft. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse wäre eine entsprechende Rückwirkung nur recht und billig gewesen.

# Nachrichten aus der Montanindustrie.

## Das Schicksal der de Wendelschen Werke.

Die großen Bergwerks- und Hüttenanlagen der altlothringischen Familie de Wendel sind unter die Zwangsverwaltung des Reiches gekommen, weil die Repräsentanten dieser Unternehmerfamilie sich bei Kriegsausbruch nach Frankreich begeben haben. Vor einiger Zeit hieß es, etliche Mitglieder des Stahlwerksverbandes würden die de Wendelschen Werke ankaufen, die Verkaufsbedingungen seien mit der Reichsregierung schon vereinbart. Auf eine „kleine Anfrage" des elsässischen Reichstagsabgeordneten Hauß nach dem Schicksal der de Wendelschen Werke hat nun die Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Die Pressenachrichten, wonach in der Angelegenheit der Liquidation der de Wendelschen Werke die Entscheidung bereits getroffen sei, sind nicht zutreffend. Eine vorzugsweise Berücksichtigung der Lothringer Eisenindustrie und die Herstellung der weiteren Entwicklung der de Wendelschen Hüttenbetriebe ist in Aussicht genommen. Es ist ferner beabsichtigt, den Einfluß des Staates auf die Verwertung des de Wendelschen Besitzes in maßgebender Weise sicherzustellen. Zusagen betreffend eine Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches oder der beteiligten Bundesstaaten an der Durchführung des Liquidationsverfahrens sind von dem früheren Stellvertreter des Reichskanzlers nicht gegeben worden."

Sind etwa die von der Regierung als falsch bezeichneten, aber sehr bestimmt gehaltenen Pressenachrichten, wonach die de Wendelschen Werke schon so gut wie verkauft waren, an etliche Stahlwerksverbandsmitglieder zu Schreckzwecken veröffentlicht worden? Wir hören nun, der „Einfluß des Staates" (Elsaß-Lothringens? — oder doch des Reiches?) auf die Verwertung des de Wendelschen Besitzes werde ein „maßgebender" sein? Soll das heißen, das Reich oder das Reichsland Elsaß-Lothringen wird den de Wendelschen Besitz „verwerten" durch Uebernahme der Werksverwaltung oder durch Verkauf der Anlagen? Soll das Reich oder Elsaß-Lothringen Besitzer und Betreiber der Werke bleiben, oder sollen sie die große Macht des privatkapitalistischen Stahlwerksyndikats noch enorm verstärken? Wer also soll über diesen Kriegsgewinn verfügen: die Allgemeinheit oder der Stahlwerksverband? Das ist aus der Antwort der Regierung nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit zu ersehen.

### Deutschlands Kupferversorgung

kann nur zum kleinsten Teile aus dem Inlande erfolgen. Ueber ¾ unseres Kupferbedarfs müssen wir vom Auslande beziehen. Die Beschlagnahme der kupfernen Hausgeräte, der Kirchenglocken usw. beweist ja genug. Nach der Statistik für 1912 produzierten damals Kupfer (in Tonnen):

| | |
|---|---|
| Vereinigte Staaten von Nordamerika | 566 500 |
| Mexiko | 73 100 |
| Japan | 65 000 |
| Großbritannien und Irland | 63 000 |
| Spanien | 58 000 |
| Australien | 40 200 |
| Deutsches Reich | 45 500 |
| Chile | 37 600 |
| Kanada | 34 000 |
| Rußland | 33 600 |
| Peru | 27 800 |
| Italien | 26 700 |
| Frankreich | 13 200 |
| Oesterreich-Ungarn | 4 000 |
| Bolivien | 2 000 |

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Hauptländer der Kupfererzeugung fast alles Staaten sind, mit denen wir Krieg führen. Wollen wir nach Friedensschluß möglichst schnell unseren dringenden Kupferbedarf (z. B. für die große Elektroindustrie) decken, dann darf der Frieden kein Gewaltfrieden sein. Der Gewaltfrieden würde einen internationalen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland nach sich ziehen. (Vergl. auch den Leitartikel in d. Nr.)

### Starke Erhöhung der Mansfelder Kupferpreise.

Im Einvernehmen mit der Heeresleitung hat die Mansfelder kupferschieferbauende Gewerkschaft ihre Kupferpreise neuerdings erheblich erhöht. Für das im regelmäßigen Bergbau gewonnene Kupfer wurde der Preis von 2600 Mark auf 3500 Mark und für das durch die Verhüttung älterer Halden erzeugte Kupfer von 3000 Mark auf 4400 Mark erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung von 33—34 Prozent des letzten Preisstandes, der schon im Frühjahr eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren hatte. Damit erhält [illegible] die gegenwärtig geltenden Preise des Weltmarktes für ihre Produktion. — Was werden die Arbeiter davon erhalten?

### Keine Erhöhung der Kohlen-, Koks- und Brikettpreise

soll im ersten Viertel 1918 eintreten. So lassen die Zechensyndikate melden. Natürlich handelt es sich dabei nur um die Richt- oder Verrechnungspreise. Die Verkaufspreise im Kleinhandel werden, wie aus diversen Lokalzeitungen ersichtlich ist, mit Jahresbeginn eine weitere Erhöhung erfahren haben.

### Die holländische Kohlenförderung

ist im Steigen begriffen. Nach offiziellen Angaben hat betragen die

| | Gesamtbelegschaft (Ende des Monats) | Kohlenförderung |
|---|---|---|
| Oktober 1916 | 13 470 | 220 071 Tonnen |
| September 1917 | 15 311 | 255 093 Tonnen |
| Oktober 1917 | 16 435 | 285 818 Tonnen |

Holland ist in der glücklichen Lage, wenigstens nicht direkt am Kriege beteiligt zu sein. Dagegen weist die Kohlenförderung Oesterreichs ein Minus auf. Januar-November 1916 wurden 14,50 Millionen Meterzentner Steinkohle gefördert, in derselben Zeit 1917 nur 14,23. Die Braunkohlenförderung ging in der Vergleichszeit von 18,47 auf 18,41 Millionen Meterzentner zurück. Die Ursachen der Förderschwernis sind dort dieselben wie bei uns und auch in Großbritannien. Dieses hat eine bedeutend geringere Kohlenförderung wie im letzten Friedensjahr.

# Aus den Unternehmerverbänden.

## Erstarkung der Unternehmerorganisationen.

Bezeichnend für die organisatorische Erstarkung der Unternehmerorganisationen selbst in der Kriegszeit sind die Vorgänge in der Brauindustrie. Nach dem Tätigkeitsbericht des Deutschen Brauer-Bundes (Unternehmerverbandes) sind dem Bunde im Geschäftsjahr 1916/17 noch 234 einzelne Brauereien beigetreten; über 100 Brauereiverbände gehören ihm als korporative Vereine an. So ist die Tatsache festzustellen, daß der Brauer-Bund das gesamte Braugewerbe, vom größten bis zum kleinsten Betriebe, mit den Hunderttausenden in ihm schaffenden Männern und den in ihm arbeitenden nationalen Werten im Betrage von 3—4 Millionen Mark, vertritt. Mit dieser vollen, restlosen Umfassung der Gesamtheit eines größten deutschen Industriezweiges steht der deutsche Brauer-Bund einzig da im deutschen Wirtschaftsleben.

Die Zahl der Angestellten des Bundes stieg infolge der ausgedehnten kriegswirtschaftlichen Tätigkeit von 16 am Anfang des Krieges auf 104 Mitte Oktober 1917. Der Bund hat durch seinen Anschluß an den Bund der Industriellen sich einen starken Rückhalt geschaffen; er verlangt auch eine Vertretung im „Deutschen Industrierat", um namentlich für die Uebergangszeit und für die spätere Gestaltung der Produktions- und Handelsbedingungen die Interessen des Braugewerbes wahren zu können.

Natürlich wird die so starke Unternehmerorganisation auch bei zukünftigen Lohnfragen ihr gewichtiges Wort mitreden wollen. Anzeichen dafür sind schon vorhanden. In Versammlungen des Bundes ist schon darauf hingewiesen worden, daß die von den Arbeiterorganisationen angestrebten Lohnerhöhungen ernste Aufmerksamkeit erfordern. Die Lohnfrage soll an einer Zentralstelle, im Boykottschutz-Verband für Brauereien, bearbeitet werden. Die Unternehmer halten die während der Kriegszeit zugebilligten Lohnerhöhungen nur für vorübergehend; sie hoffen auf eine Preissenkung der meisten für den Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände, und denken damit auch eine Kürzung der Löhne vornehmen zu können. Wie weit diese Hoffnungen sich erfüllen werden, steht noch sehr dahin. Jedenfalls haben die Arbeiter — und zwar nicht nur in diesem Gewerbe — sondern in allen Industrien, — ein großes Interesse daran, für eine Stärkung ihrer Organisationen sehr bedacht zu sein und nicht etwa, schlechtem Beispiel folgend, durch organisatorische Zersplitterungen ihre wirtschaftliche Kraft zu schwächen.

# Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

## Der Bund für Vaterland und Freiheit

hielt am 7. d. Mts. im großen Plenarsaale des preußischen Abgeordnetenhauses seine erste außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Dem Bunde gehören bekanntlich in corpore auch die freien Gewerkschaften an, ebenso die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, wie die mehr oder weniger gewerkschaftlich gerichteten Angestelltenverbände, auch zahlreiche unabhängige Sozialpolitiker, Gelehrte usw. Die Versammlung wurde von dem 1. Bundesvorsitzenden, Professor Dr. Francke, eröffnet und geleitet. Er wies darauf hin, daß der Volksbund eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Verbände sei, die eine Volksmasse von 4 Millionen hinter sich wissen. Er erstrebe aber eine Einheit aller, die hinsichtlich eines ehrenvollen, gerechten Abschlusses des Krieges wie beim künftigen Neubau der deutschen inneren Verhältnisse eines guten Willens zum Fortschritt sind.

Professor Dr. Troeltsch, der erste Referent, ging auf die dem Willen des neuen Bundes entgegenstehende Vorgründung der Vaterlandspartei ein. So sehr die agitatorische Absicht schon des Namens dieses Vereins nachgefühlt werden kann, so sachlich unglücklich, unrichtig und anmaßend ist diese Bezeichnung; sie kennzeichnet den Geist, der in den Reihen der „Vaterlandspartei" vorherrschend ist. Ihr stärkster Fehler ist die völlige Außerachtlassung der Rücksicht auf die Völker, die außer uns noch auf der Erde leben; wir brauchen gesunde Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf die wir um unserer Zukunft willen nicht verzichten können. Die zweite Aufgabe des Volksbundes ist die Mitwirkung an der politischen Neugestaltung des Reiches. Ihr Schicksal und ihre Aussichten stehen und fallen heute mit dem Schicksal der Wahlrechtsvorlage. Der künftige Frieden kann nur ein Vertragsfrieden sein; jeder Vertrag aber bedingt Vertrauen, Gefühl für das Recht der anderen. Schon seit langem setzt in allen Völkern eine Demobilisierung der Geister ein; diesen Prozeß zu fördern ist eine sittliche Pflicht, auf die zuletzt nur ein dauernder Frieden aufgebaut werden kann, soll nicht die Kulturwelt am gegenseitigen Selbstmord zugrunde gehen.

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Legien, führte aus: Die Zustände in Deutschland vor dem Kriege dürfen nicht wiederkehren. Die gleichen Pflichten, für deren Erfüllung die unteren Schichten ihr Letztes eingesetzt haben, fordern gleiche Rechte. Die inneren und äußeren Vorgänge, die uns jetzt bewegen, sind eng miteinander verknüpft. Es ist z. B. kein Zufall, daß dieselben Kreise und Personen, die nach außen die Gewalt und die Politik der Faust propagieren, dieselben sind, die im Innern allen freiheitlichen Bestrebungen des Volkes mit allen Mitteln entgegenstehen. Die Wahlrechtsvorlage muß sich durchsetzen; die bis aufs äußerste in Anspruch genommene Geduld des Volkes noch mehr zu belasten, führt notwendig zur Katastrophe. Das gleiche gilt von der baldigen vollen Freiheit des Koalitionsrechts, das sich heute lediglich der Duldung erfreut; vor allem muß der § 153 fallen! Es liegt bei der Zukunft, ob die während dieses Krieges überbrückte Gegensätzlichkeit der Begriffe Freiheit und Vaterland auf immer verbindet oder noch erweitert und unvereinbar gemacht wird."

Der dritte Referent, christl. Generalsekretär, Herrenhausmitglied Stegerwald, führte aus: Der Volksbund lehne das Erstreben einer deutschen Vormachtstellung auf dem Boden von Macht und Gewalt ab, ebenso aber auch eine englische Vormachtstellung, im Kampfe gegen welche Deutschland sein Letztes hergeben werde. Nach dem Kriege müsse eine allgemeine Vertragspolitik herrschen, Deutschland müsse gleichberechtigt unter den anderen Staaten dastehen. Bei dem Frieden würde derjenige am besten fortkommen, der sich zuerst verständige. Einen Vernichtungsfrieden wolle der Volksbund nicht, Deutschland müsse freie Entwickelung gesichert haben, aber der Frieden dürfe nicht den Keim eines neuen Krieges in sich tragen. Für solche Ziele müsse Deutschland kämpfen bis zur letzten Kraft. Den Westvölkern gegenüber sei zu sagen, daß der deutsche Verständigungswille nicht in Verständigungsduselei ausarten dürfe und werde.

Zum Schlusse fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Solange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk wie an den Fronten so auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot

höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den eingeleiteten freiheitlichen Ausbau in Reich und Staat fortzuführen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen, allgemeinen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus und eine volkstümliche Reform des Herrenhauses in Preußen. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reich die Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern gesetzlich geordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten Körperschaften herbeigeführt werden.

Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, unbeschadet etwa zu vereinbarender Grenzverschiebungen, von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen absieht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahrt. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechts und der Sittlichkeit gewährleisten. In diesen Forderungen weiß sich der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes."

## Wachstum der Gewerkschaften.

In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947 564 auf 1 201 779 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254 200 oder 26,8 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185 000 auf 385 000, eine Zunahme um fast ½. Aber während die Gewerkschaften 118 895 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortdauernden Entblößung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften doch noch um 155 311 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Krieg ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

## Wilhelm Rössel †.

Der zweite Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Rössel, ist als ein Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Zunächst wurde er als vermißt, später als gefangen gemeldet. Aus dem rumänischen Kriegsgefangenenlager Sivas kam schon vor längerer Zeit die Mitteilung, daß Rössel daselbst verstorben ist. An der Richtigkeit der Meldung ist jetzt nicht mehr zu zweifeln. Mit Rössel ist ein Mann der Textilarbeiterbewegung und auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung entrissen, der noch zu großen Hoffnungen berechtigte. In seiner Berufsorganisation war er, als tüchtiger Organisator und Führer geschätzt und geachtet. Der internationalen Textilarbeiter-Organisation war er ein tatkräftiger Mitarbeiter.

# Internationale Rundschau.

## Aufschwung der österreichischen Bergarbeiterunion.

Unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen hat unser österreichischer Bruderverband im vergangenen Jahre einen schönen Fortschritt gemacht. Bis zum Novemberende betrug die Mitgliederzunahme bereits 10 235, und die Verbandsleitung rechnet noch den noch vorliegenden Anmeldungen bis Jahresschluß auf 15 000 neue Mitglieder. Das Verbandsorgan klagt aber auch über einen starken Mitgliederwechsel in einigen Revieren. Wenn dieser nicht vorhanden wäre, stünde sich die Mitgliederzunahme noch um einige Tausend höher. Ueber die Lehren der Kriegszeit schreibt das Verbandsorgan: „Da bei muß bekannt werden, daß eine eigentliche Werbetätigkeit gar nicht stattfand. Umso höher sind die Erfolge zu bewerten angesichts der Tatsache, daß die Bergarbeiter strengen diversen Militärgesetzen unterworfen sind, daß sie, nachdem ihre Arbeitgeber bevorzugten sind, auch mehr Drangsalierungen unterliegen als alle anderen Arbeiter der verschiedensten Berufe. Welche Konsequenz können wir und müssen wir aus diesen Tatsachen schließen? Doch nur die eine Schlußfolgerung: Je mehr Unterdrückung und Drangsalierung, desto mehr Schutzbedürftigkeit, desto mehr Einigkeit! Diese Tatsache haben über 10 000 Bergarbeiter durch ihren Beitritt zur Union der Bergarbeiter betätigt. Mein intuitiv drang diese Ueberzeugung durch und es wurde als selbstverständlich betrachtet: Es gibt kein anderes Mittel — es kann nur die Zentralorganisation, die Union der Bergarbeiter Oesterreichs sein, die die Bergarbeiter schützt und ihre Interessen am erfolgreichsten vertritt und verteidigt."

## Beitragserhöhung im holländischen Bergarbeiterverband.

Vom 1. Januar an zahlen unsere holländischen Kameraden einen höheren Beitrag, um ihre Kasse zu stärken. Der Wochenbeitrag beträgt nun

Klasse I 25 Cent (50 Pf.) bei einem Tagelohn von bis 2,50 Gulden.
Klasse II 30 Cent (60 Pf.) bei einem Tagelohn von über 2,50 Gulden.
Klasse III 40 Cent (80 Pf.) dieser Beitrag ist freiwillig.

Wir haben nur einen Gulderwert von 2 Mark angerechnet, tatsächlich steht der Gulden zurzeit noch auf 2,10 Mark. Der niedrigste Wochenbeitrag beträgt sich somit auf mindestens 10 Prozent vom Lohn pro Schicht. Alle zahlen unsere holländischen Kameraden heute schon einen höheren Verbandsbeitrag, ohne höhere Ansprüche auf die Verbandsleistungen, als die Mitglieder des deutschen Bergarbeiterverbandes.

# Mißstände auf den Gruben.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Zeche Bruchstraße.** Im Revier 4, Steiger Hering, hat hier ein Hauer im November nur 6,50 Mark pro Schicht verdient. Als er sich beim Betriebsführer darüber beschwerte und fragte, wie er sich mit seiner Familie mit einem solchen Lohn durchschlagen soll, sagte dieser: ihr seid Faulenzer, ihr tut nichts. Das ist eine sehr bequeme Art, unliebsame Beschwerden abzutun, aber gerecht ist sie nicht. Mit 6,50 Mark kann in jetziger Zeit keine Familie auskommen, und wenn dann noch Krankheiten eintreten, ist es besonders schlimm. In diesem Fall war aber noch ein Kind erkrankt und mußten die erheblichen Krankenhauskosten bezahlt werden. Wie soll das bei einem solchen Lohn möglich sein. Der Arbeiter muß doch wenigstens soviel verdienen, daß er seine Arbeitskraft erhalten und erneuern kann. Mit der Bemerkung, ihr seid Faulenzer, ihr tut nichts, ist die Sache nicht abgetan. Was hat denn der Betriebsführer getan? Hat er Gedinge, Arbeitsverhältnisse usw. nachgeprüft, bevor der Lohn von 6,50 Mark zur Auszahlung gelangte? Wohl kaum. Was soll nun der Arbeiter machen? Die Entlassung erhält er nicht! Mit einem solchen Lohn kann er auch nicht bestehen! Was soll da geschehen? Das sind doch alles Fragen, die sich ein gewissenhafter Betriebsleiter vorlegen muß. Und wer das nicht tut, handelt nicht gewissenhaft. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Stellen hier nach dem Rechten sehen.

**Zeche Constantin VI und VII.** Im Revier 8, Röttgersbank, sowie auch in Flöz Wilhelm wird sehr schlecht verdient. Es fallen hier noch Hauerlöhne von unter 10 Mark. So verdiente eine Kameradschaft 8,94 Mark. Schuld ist hier die Störung. Auf Röttgersbank stehen die Arbeiter fortwährend im Nassen, und würde durch Legen von Eisenplatten, damit das Wasser ablaufen kann, Besserung zu erzielen sein.

**Zeche Deutschland (Schacht Preußen).** Die Lohnzahlungen dauern hier ungewöhnlich lange. Bei der letzten Lohnzahlung vor Weihnachten mußten die Leute z. B. stundenlang in der starken Kälte auf ihre so sauer verdienten Pfennige warten. Wer in der warmen Stube sitzt, kann es aushalten. Aber selbst wenn die Leute sich in einem geheizten Raum aufhalten könnten, wäre es unanständig, sie stundenlang warten zu lassen. Ueber das Benehmen der Beamten den Arbeitern gegenüber wird allgemein geklagt. Der Betriebsführer Schmidtkort ergeht sich bei jeder Gelegenheit in beleidigenden Ausfällen gegen die Arbeiter. Besonders übel erging es kürzlich zwei Unorganisierten, die es allerdings auch nicht besser haben wollen, sonst hätten sie sich längst unserem Verband angeschlossen. Für sie einzutreten, besteht auch für uns kein Anlaß. Aber auch unsere Verbandskameraden werden durch das Verhalten des Betriebsführers betroffen oder in Mitleidenschaft gezogen, und darum müssen wir uns dagegen wehren. Und wenn es sich nicht ändert, werden wir Roß und Reiter nennen. Selbstverständlich suchen die Beamten das nicht nachahmenswerte Beispiel des Betriebsführers nachzuahmen. Da tut sich besonders der Steiger Hark, gebürtig aus Stiepel, hervor. Wenn dessen Tüchtigkeit auf gleicher Höhe stände, wie seine Begabung zum Schimpfen, dann könnte er sich sehen lassen. Aber — na, schweigen wir heute in der Hoffnung, daß Besserung eintritt.

**Zeche Ewald I und II.** Mehr Ordnung und Pünktlichkeit bei der Seilfahrt wäre hier sehr erwünscht. Bei der Einfahrt morgens wird in der Regel schon etwas früher begonnen, bei der Ausfahrt aber nimmt man's nicht so genau. Signaleinrichtungen sind entweder nicht da oder sie werden nicht benutzt, denn bei der Seilfahrt wird gerufen: „Unterfall fertig! Mittelfall fertig!" usw. Daß dabei auch Unberufene rufen und Unglücke passieren können, ist doch naheliegend. Warum wird trotzdem keine Aenderung geschaffen? Neben der Seilbahn ist ein Fahrweg, der aber mit Holz, Rutschen usw. belegt ist. Ist das in der Ordnung? In der Waschkaue laufen die Brausen teilweise unregelmäßig und schlecht, beim Kohlenbezahlen müssen die Arbeiter oft ungewöhnlich lange warten. Warum wenden sich die Arbeiter mit solchen Beschwerden nicht an den Arbeiterausschuß, der doch dafür da ist, Wünsche und Beschwerden vorzubringen?

**Zeche Hamburg in Annen.** Im Dezember wurden hier zwei Ueberschichten verfahren, und zwar am 14. und 29. Ein Teil der Mittagschicht fuhr aus, mußte aber in schweißdurchweichten Kleidern an dem kalten Schacht warten, bis um 11 Uhr abends die Seilfahrt begann. Auf die Gesundheit der Arbeiter wird eben keine Rücksicht genommen. Zwang zu Ueberschichten soll auch nicht geübt werden aber — Zusagen, Verordnungen, Gesetze usw. stehen auf dem Papier, wenn keine Macht dahinter steht, die ihnen Geltung verschafft. Ordnung und Pünktlichkeit bei der Seilfahrt nach der 7. Sohle lassen viel zu wünschen übrig. Das ist doch eigentlich alles selbstverständlich, solange es die Unorganisierten nicht besser haben wollen.

**Zeche Hibernia.** Die Einfahrt der Nachtschicht erfolgt hier mit der Ausfahrt der Mittagschicht von 10½—11 Uhr abends, die Ausfahrt aber erst von 7—7½ Uhr morgens. Nach der Arbeitsordnung und dem Berggesetz soll die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt 8½ Stunden nicht überschreiten. Braucht sich der Staat daran nicht zu halten? Zudem wird mit der Ausfahrt in der Regel nicht einmal pünktlich begonnen. Im Dezember wurde nur zweimal und zwar am 13. und 18. pünktlich begonnen, sonst wurde es immer später, manchmal bis zu 20 Minuten. Das ist doch Willkür in Reinkultur. Die Lampen sind teilweise in mangelhaftem Zustande und brennen nicht, oder gehen während der Schicht aus. Die Waschkaue wird nicht regelmäßig und ausreichend geheizt. Die Kleider trocknen nicht, so daß sie in feuchtem oder nassem Zustande wieder angezogen werden müssen.

**Zeche Achern.** Am 31. Dezember wurden hier eine Anzahl Arbeiter nach Hause geschickt, obwohl es noch keine 6 Uhr, also noch früh genug zur Anfahrt war. So ging es auch bei der Anfahrt der Mittagschicht. Auf der einen Seite werden die Arbeiter zu Ueberschichten angehalten, auf der anderen Seite in dieser Weise gehindert, ihre regelmäßigen Schichten zu verfahren. Daß die Arbeiter fast immer ungewöhnlich lange auf ihre Lampen warten müssen, weil diese nicht in Ordnung sind, wird nicht berücksichtigt. Sowohl die elektrischen wie die Benzinlampen versagen immer wieder, und die Arbeiter müssen laufen und warten und trotzdem noch manchmal im Dunkeln stehen. Das sind ganz unhaltbare Zustände. Ueber viele und harte Bestrafungen wird ebenfalls geklagt. Das kann nach den sonstigen Verhältnissen nicht überraschen. Aber gebessert wird dadurch nichts, sondern nur Verärgerung erzeugt.

**Zeche Kaiserstuhl, Schacht I.** Am 7. Januar 1918 wurde ein Arbeiter, der Knappschaftsältester ist, bei Anfrage um Arbeit über Tage vom Wettersteiger Gerhold zum Maschinensteiger geschickt, dieser sagte, daß er in der Wäsche einen Arbeiter gebrauchen könne, und übergab demselben eine Bescheinigung, um sich damit am Schalter für Arbeiteranmeldungen zu melden. Am Schalter sah der Obersteiger Dellmann, als er den Namen des Arbeiters las, frug er: „Sind Sie der Knappschaftsälteste K.?" Auf Bejahung dieser Frage riß er die dem Arbeiter ausgehändigte Bescheinigung entzwei mit den Worten: „Lü sind." (Leute sind.) Wir fragen, kann dieser Mann für die Zeche als Arbeiter oder als Knappschaftsältester in Frage? Oder liegt vielleicht auf Zeche Kaiserstuhl I ein Beschluß vor, daß Knappschaftsälteste überhaupt nicht eingestellt werden dürfen? Der Arbeiter war auf Kaiserstuhl II fast 5 Jahre beschäftigt, Sicherheitsmann und Ausschußmitglied, und hat seine Pflicht getan, sich dadurch aber bei der Verwaltung mißliebig gemacht, so daß er nach dem Streik von 1912 entlassen und gemaßregelt wurde. Dieses ist dem Obersteiger D. bekannt. Aber ist ihm nicht auch der Satz bekannt: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!" Welche Erbitterung mußte diesen Arbeiter überkommen, der als Kriegsteilnehmer 17 Monate im Feindesland seine heimatliche Scholle verteidigte, dann sehr schwer verwundet in Gefangenschaft geriet und 17 Monate in derselben, fern von der Familie, schmachten mußte. Trotzdem wurde ihm eine solche Behandlung zuteil. Das ist Zechendank!

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Grube Vereinigte Alte.** Auf Drängen unseres Verbandes hat die Grubenverwaltung hier den Arbeitern ab 1. Oktober 1917 eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zugestanden. Zugestanden! Damit ist aber noch nicht gesagt, daß alle Arbeiter die 25 Prozent Lohnerhöhung erhalten. Im Grunde genommen steht dieselbe auch nur Verbandsmitgliedern zu. Die Unorganisierten haben nichts gefordert, wollen auch weder Lohnerhöhungen noch Verbesserungen der sonstigen Arbeitsbedingungen, sonst würden sie sich längst unserem Verbande angeschlossen haben. Ein Teil der Arbeiter wartet dann auch noch vergeblich auf die versprochene Lohnerhöhung. Besonders sind es Arbeiterinnen, jugendliche und fremdsprachige Arbeiter, welche entweder keine oder keine 25 Prozent Lohnerhöhung erhalten haben. Sie sind meist unorganisiert und wollen es folglich auch nicht besser haben. Wer nicht hören will, muß fühlen. Auf erhobene Beschwerde verlangte die Direktion die Namen derjenigen, welche die versprochene Lohnerhöhung nicht erhalten hatten. Die Namen wurden eingereicht mit dem Erfolge, daß die unteren Organe sich noch weitere Abzüge erlauben. So kann man mit unorganisierten Arbeitern umspringen. Man sollte meinen, daß jeder Arbeiter, der die zugestandene Lohnerhöhung fordert, mit Höflichkeit empfangen und behandelt würde. Aber — Macht entscheidet! Auch da haben Unorganisierte schon eigene Erfahrungen gemacht. Wie man sich bettet, so schläft man. Wir haben jedoch keinen Anlaß, darauf einzugehen; das Verbandsblatt ist naturgemäß nur für Verbandsmitglieder da. Wer Schutz und Unterstützung im Verband und im Verbandsblatt finden will, muß Verbandsmitglied werden. Besonders wird über die Umgangsformen des Steigers Schmelzer geklagt. Einem Arbeiter, der sich beschwerte, weil er die zugestandene Lohnerhöhung nicht erhalten hatte, wies er in barschem Tone die Tür. Wir hoffen, daß wir uns nicht weiter mit diesem Steiger zu beschäftigen brauchen, sonst müßte es eingehender geschehen. Die Kantine gibt auch Anlaß zu Klagen. Sehr oft kommt es vor, daß das Essen nicht zur richtigen Zeit fertig ist und die Leute warten müssen. Dadurch geht den Arbeitern ihre Mittagspause, die doch eine Ruhepause sein soll, zum Teil verloren. Die Einbüßung der Mittagspause ist in der jetzigen Zeit des Nahrungsmangels besonders zu beklagen, weil doch die Ruhe die Nahrung teilweise ersetzt. Der Anblick einer Reihe hungriger und müder Menschen, die mit der Schüssel in der Hand auf ihr Essen warten müssen, ist nicht gerade erhebend. Wenn diese hungrigen, müden Menschen dann ungeduldig werden und an den Schalter klopfen, dann reißen entweder Herr oder Frau Kindern die Schalterklappe auf und sagen: „Nur nicht so frech! Wer nicht anständig ist, kriegt nichts!" Es ist dann auch schon wiederholt vorgekommen, daß Arbeiter überhaupt kein Essen erhalten haben. Das ist doch wirklich stark. Herr und Frau Kindern sollen das Essen pünktlich ausgeben, und wenn sie das nicht tun und die Arbeiter um die Mittagsruhe bringen, dann verstoßen sie nicht nur gegen ihre Pflicht, sondern handeln den Arbeitern gegenüber rücksichtslos. Und wenn sie dann, statt um Entschuldigung zu bitten, die Arbeiter in der angeführten Weise anfahren, so zeigt das, daß bei ihnen einige Begriffe auf dem Kopf stehen. Es muß ihnen darum begreiflich gemacht werden, daß das Essen pünktlich fertig sein muß und die Arbeiter nicht um ihre Mittagsruhe gebracht werden dürfen. Weiter, daß die Arbeiter nicht ihretwegen, sondern sie der Arbeiter wegen da sind. Und dann ist es auch notwendig, daß die Aborte sauber und auch sonst in Ordnung gehalten werden. Dieselben dürfen nicht in einem Zustande sein, daß sie die Nachbarschaft verpesten und kaum benutzt werden können.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Mislowitzgrube.** Im Badehause dieser Grube herrscht große Unordnung. Zunächst sind die an das Badehaus anschließenden Abortanlagen ohne Wasserspülung, weil das Wasser abgesperrt ist. Die Folge davon ist, daß von diesen Anlagen aus ein pestilenzartiger Geruch verbreitet wird und sie sich in einem ekelerregenden Zustande befinden. Es ist dringend geboten, daß sofort Abhilfe geschaffen wird. Die Behandlung der Arbeiter läßt auch viel zu wünschen übrig. Im Beschimpfen der Arbeiter tut sich besonders Herr Fahrsteiger Schmolz hervor. Die Hauer müssen ihm nach beendigter Schicht die Förderung angeben. Kommt nun jemand, der nach seiner Ansicht nicht genügend gefördert hat, dann entschlüpfen dem Gehege seiner Zähne Worte, wie „Faulenzer, Hackaxen, polnische Schweine" usw. Polnische Schweine wären in der Zeit der Fettknappheit gar nicht zu verachten, aber die Leute derartig zu titulieren, ist doch unter aller Würde. Auch Herr Bergverwalter Waller wird oft recht aufgeregt und ungemütlich. Etwas mehr Ruhe würde seiner Beamtenwürde besser entsprechen. In der Hauptförderstrecke nach dem Moritzschacht ist der Fahrweg in großer Unordnung und kann von den Arbeitern nicht benutzt werden. Sie müssen darum durch die Förderstrecke gehen und kommen hierbei in Gefahr, durch die elektrische Förderung überrannt zu werden. Wir geben zu, daß der Arbeitermangel manches verschuldet haben mag, aber allzu viel Nachlässigkeit darf doch nicht auf Kosten gesunder Arbeiter gestattet werden. Wir bitten die Verwaltung, daß die gerügten Uebelstände bald beseitigt werden.

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Seltene Einmütigkeit in der Beitragsfrage.

Mit seltener Einmütigkeit haben sich Vertrauensleute und Mitgliedschaften unseres Verbandes bisher überall für die Beitragsregelung ausgesprochen und zwar in vielen Zahlstellen und Bezirken mit Wirkung vom 1. Januar ab. Diese seltene Einmütigkeit zeigt besser wie alles andere, daß unsere Mitglieder den Ernst der Zeit erkannt haben und nicht gewillt sind, immer nur Amboß zu sein, sondern Hammer sein in allem. Dieser Gedanke erfüllt und leitet alle und kommt auch in der guten Weiterentwickelung unseres Verbandes zum Ausdruck. Alle Zuschriften zur Beitragsregelung sind ebenfalls von diesem Gedanken getragen. In einer dieser Zuschriften aus Kameradenkreisen heißt es z. B. u. a.:

„Unsere jetzige Beitragsregelung ist nicht nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber den Mitgliedern, die den freiwilligen Wochenbeitrag von 60 Pf. bisher schon zahlten, sondern auch eine von unserer letzten Generalversammlung in Hannover gewollte Selbstverständlichkeit. Als diese Generalversammlung im April 1913 den freiwilligen Wochenbeitrag von 60 Pf. einstimmig beschloß, geschah es in der schweigenden Voraussetzung, daß er von allen Mitgliedern bezahlt würde, die einen dementsprechenden Lohn verdienten. Schon im April 1913 hielt also unsere Generalversammlung einen Wochenbeitrag von 60 Pf. für notwendig, sah aber von einer zwangsweisen Einführung ab, weil angenommen wurde, daß derselbe auch freiwillig von allen Mitgliedern mit einem entsprechenden Lohn gezahlt würde.

Inzwischen sind fast 5 Jahre verflossen. Ueber 41 Monate tobt schon der Weltkrieg. Eine kolossale Entwertung des Geldes ist infolge der Teuerung eingetreten. Die Aufgaben unseres Verbandes sind riesig gewachsen. Ungleich schwerer aber werden seine Aufgaben noch in der Zukunft sein. Obwohl noch kein Ende des Weltkrieges und der Teuerung abzusehen ist, haben Unternehmerorgane wie die „Industrie", die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" usw. schon vor mehr als Jahresfrist eine Steigerung der Arbeiterleistung und einen Abbau der Arbeiterlöhne für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht gestellt. Die Teuerung wird aber auch nach dem Kriege zunächst noch fortbestehen. Und doch: Abbau der Löhne, Steigerung der Leistung!

Was soll dann werden? Haben denn die Arbeiter bisher zuviel verdient? Oder haben sie nicht ihre ganzen Kräfte bei der Arbeit eingesetzt? Sicher haben die Arbeiter ihre ganzen Kräfte bei der Arbeit eingesetzt und dabei nicht zuviel, sondern zu wenig verdient. Die Lohnsteigerungen, die auf Drängen unseres Verbandes eingetreten sind, bilden keinen Ausgleich zu der außerordentlichen Teuerung. Trotzdem: Abbau der Löhne, Steigerung der Leistung! Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest! Und doch ist es Wahrheit, kein böser Traum neckt uns!

Jawohl, Wahrheit, der wir entschlossen entgegensehen müssen. Und da ist es wirklich mehr als bescheiden, wenn angesichts dieser harten Tatsachen unser Verband heute im Januar-Februar 1918 endlich zu dem kommt, was unsere Generalversammlung im April 1913 schon für notwendig hielt. Da ist es wirklich nicht angebracht, dem Opfersinn der Mitglieder Loblieder zu singen, im Gegenteil, es hätte mehr geschehen können und müssen. Wenigstens kann niemand sagen, er überstiege seine Kräfte, wenn er bei entsprechendem Lohn einen Wochenbeitrag von 60 Pf., und außer dem Lokal- noch einen Extrabeitrag von 10 Pf. bezahlt. Wo es um die Selbsterhaltung geht, setzt man alles ein, seine ganze Kraft, sein ganzes Können.

„Willst du den Kampf, den großen, wagen,
So setz zuerst dich selber ein,
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
Darf nicht sein eigener Sklave sein."

## „Dann lasse ich mich streichen!"

Das ist eine bekannte Redensart. Wenn es dem einen oder anderen einmal nicht nach Willen geht, dann heißt es sehr oft gleich: „Dann lasse ich mich streichen!" Als ob dadurch irgend etwas geändert, gebessert oder erreicht werden könnte! Diese Redensart zeugt vielmehr nur von einem großen Mangel an Ernst und Einsicht. Unser Verband ist doch nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Selbsterhaltung. Und daß er diesen Zweck erfüllt, sollte nachgerade jeder Bergmann wissen. Wie stände es um die Bergarbeiter, wenn unser Verband nicht wäre? Wie kann man da sagen, dann lasse ich mich streichen? Darin liegt eine Drohung, die sich im Grunde genommen doch lediglich gegen die eigene Selbsterhaltung richtet. Das ist unsagbar einfältig.

Wer nicht als gedankenloser Einfaltspinsel gelten will, unterlasse darum diese mehr als einfältige Redensart. Die Zeit ist ernst und schwer. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Da brauchen wir Männer und keine gedankenlosen Einfaltspinsel. Männer müssen alle werden, die sich schämen, eine so unsagbar einfältige und gedankenlose Redensart auszusprechen. Männer brauchen wir, die wissen, was sie wollen, die sich von ihrem Verstande und nicht von ihren wechselnden Gefühlen und Launen leiten lassen.

## Keine Erhöhung der Kartoffelration.

Auf unsere Eingabe um Erhöhung der Kartoffelration vom 17. November 1917 erhielten wir folgende Antwort:

„Berlin, den 31. Dezember 1917.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, z. H. des Herrn H. Sachse.

Eine Heraufsetzung des Kartoffelwochenkopfsatzes von 7 auf 10 Pfund kann leider nicht erfolgen. Wenn auch anzunehmen ist, daß die tatsächlichen Ernteerträge die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen übersteigen, so sind doch die in Bezug auf den Ausfall der Kartoffelernte vielfach gehegten großen Erwartungen nicht in vollem Umfange in Erfüllung gegangen. Nach dem Wirtschaftsplan der Reichskartoffelstelle ist zur Deckung des gesamten Bedarfs schon bei Zugrundelegung eines Wochenkopfsatzes von 7 Pfund für die versorgungsberechtigte Bevölkerung eine Mindesternte von 34 bis 35 Millionen Tonnen Kartoffeln erforderlich, eine Menge, die die tatsächlich vorhandenen Kartoffelvorräte voll in Anspruch nimmt. Eine Heraufsetzung der Kartoffelration würde aber auch an den Verkehrs- und Betriebsschwierigkeiten scheitern, und würde die schwere Gefahr in sich bergen, daß die von den Bedarfsstellen zur Deckung des Winterbedarfs eingelagerten Kartoffeln schon zu einer Zeit aufgebraucht wären, in der der Frost aller Wahrscheinlichkeit nach die Heranführung neuer Kartoffelmengen unmöglich machen würde, ein Umstand, der unbedingt vermieden werden muß. Dagegen hat die Reichskartoffelstelle innerhalb ihres Wirtschaftsplanes eine Kartoffelreserve gebildet, die die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden muß, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres Ausfälle auf anderen Gebieten der Nahrungsmittelzuteilung stattfinden können; die Kartoffelreserve soll dann dazu dienen, in Notfällen, insbesondere für die schwerarbeitende Bevölkerung, Aushilfe zu schaffen. Dies ist aber nur in bestimmten Grenzen möglich. Aus diesem Grunde muß zugleich dringend davor gewarnt werden, daß die Bevölkerung von den eingekellerten Kartoffelmengen mehr als 7 Pfund für den Kopf und die Woche verbraucht. Um einen vorzeitigen Verbrauch dieser Kartoffeln zu verhindern, sind die Kommunalverbände gehalten, bei den Verbrauchern Revisionen der Vorräte vorzunehmen und die Bevölkerung entsprechend aufzuklären. Die Arbeiterverbände würden sich einen Verdienst um die Volksernährung erwerben, wenn sie sich an den Aufklärungsarbeiten beteiligen und vor allem der Arbeiterschaft klarlegen würden, daß ein Ersatz für vorzeitig verzehrte Kartoffeln nicht erfolgen kann.

gez. Waldow."

Für den Schleichhandel bestehen die angeführten Schwierigkeiten anscheinend nicht. Wer Wucherpreise zahlen kann, braucht sich keine Beschränkungen aufzuerlegen. Leider wird dieses Kapitel in vorstehendem Antwortschreiben nicht berührt.

## Friedrich Kremer †.

Am 8. Januar 1918 starb in Henzsen unser Verbandskamerad Friedrich Kremer. Er wurde geboren am 8. November 1878, trat aber erst als fast Dreißigjähriger am 1. Januar 1908 unserem Verbande bei. Seitdem nahm er aber auch an allem tätigen Anteil. Ueberwiegend war er mit in der Ortsverwaltung tätig und allgemein geachtet und beliebt. Als der Vertrauensmann während des Krieges eingezogen wurde, trat er an dessen Stelle. Das hielt er für seine selbstverständliche Pflicht. Und er hat seine verantwortungsvolle, schwere Aufgabe gut erfüllt. Wenn es hieß, für unsere Sache einzutreten, war er stets als einer der ersten auf dem Posten. Alle die ihn kannten, beklagen seinen viel zu frühen Tod und werden sein Andenken in Ehren halten.

## Teuere Bremsklötze.

Uns wird aus Kameradenkreisen geschrieben:

„In einer Mitgliederversammlung in Lütgendortmund am 6. Januar d. Js. bekämpfte ein Verbandskamerad die Beitragserhöhung mit folgender Begründung:

**„Mit unseren Beiträgen kaufen wir nur teure Bremsklötze!** Früher war man stolz, ein organisierter Bergmann zu sein, heute muß man sich vor den Unorganisierten schämen! Tritt man an einen Unorganisierten heran, um ihn für den Verband zu gewinnen, erhält man zur Antwort: **„Ihr kauft mit euren Beiträgen ja nur die Bremsklötze, die unsere Bewegung hemmen. Ohne diese Bremsklötze müßten die Zechenherren heute 25 Mark Schichtlohn oder noch mehr zahlen.“** Und dagegen läßt sich nichts sagen, weil die Unorganisierten recht haben. Man geht und schämt sich.“

Mit den „teueren Bremsklötzen“ ist selbstverständlich unser Vorstand bzw. sind die Verbandsangestellten gemeint, die nicht selten auch als „Maschinengewehre“ gegen die Bergarbeiter bezeichnet werden. „Bremsklötze“ und „Maschinengewehre“ sind also die Verbandsangestellten in den Augen der Unorganisierten, und sogar einiger Verbandsmitglieder, „Aufwiegeler“ und „Streikhetzer“ in den Augen der Unternehmer! Den Unorganisierten haben sie ihre „aussichtsvolle Bewegung kaput gebremst“ und somit verhindert, daß die Löhne heute auf 25 Mark und darüber stehen. Die Grubenbesitzer behaupten, sie hätten die Bergarbeiter immer wieder zur Begehrlichkeit aufgestachelt, zum Stellen immer neuer Lohnforderungen angehalten, und die Zechen unter dem Druck der Kohlennot und des Arbeitermangels gezwungen, „Wucherlöhne“ zu zahlen, während die Bergarbeiter sonst mit weit niedrigeren Löhnen zufrieden gewesen wären. Bei jeder Gelegenheit erklären die Zechenherren: **Wir bewilligen nichts, weil die Mehrheit unserer Belegschaft zufrieden ist, oder: Wir verhandeln nicht, weil die Mehrheit unserer Belegschaft nichts von der Organisation und deren Forderungen wissen will.** Und da die Unorganisierten bekanntlich gar keine Forderungen stellen, wenigstens bisher noch keine gestellt haben, handeln die Unternehmer ganz im Sinne der Unorganisierten, wenn sie unsere Forderungen ablehnen. Und nun kommen dieselben Leute her, die nichts von unseren Forderungen wissen wollen und die selbst nie Forderungen gestellt haben, auf die sich die Zechenherren mit gutem Erfolg berufen und beschuldigen uns, wir hätten ihnen ihre — ach so aussichtsvolle! — „Bewegung“ kaput „gebremst“! Und Verbandsmitglieder „schämen“ sich, wenn Unorganisierte ihnen das vorhalten! Von einem organisierten Bergmann sollte man doch zum mindesten erwarten, er würde die Unorganisierten mal fragen, **welche von ihren „aussichtsvollen Bewegungen“ denn kaput „gebremst“ wurde, und wann und wo sie denn Lohnforderungen gestellt haben?!** Mit dieser Frage allein stopft man jedes Großmaul gegen die „teueren Bremsklötze“.

So werden die widersprechendsten Beschuldigungen gegen die Tätigkeit des Verbandes aus den zwei verschiedenen Lagern erhoben, natürlich ohne auch nur einen Schatten von Beweis zu erbringen. Die Unternehmer bekämpfen unseren Verband, weil sie in seiner Tätigkeit eine Schmälerung ihres Profites erblicken, und das um so mehr, weil die unorganisierte Masse tatsächlich keine Lohn- noch sonstige Forderungen stellt, und somit den Beweis der Zufriedenheit liefert, und wenn die Unternehmer uns „Aufwiegler“ und „Streikhetzer“ nennen, kann man ihnen wenigstens den guten Glauben nicht absprechen. Die Unternehmer bekämpfen uns doch nicht, weil wir „bremsen“, sie maßregeln unsere tüchtigen Mitglieder doch nicht deshalb, weil diese für die Interessen der Zechenherren kämpften, sondern weil sie für ihre Kameraden gegen Werkswillkür eintraten. Oder sollten die Werksbesitzer wirklich solche Esel und Dummköpfe sein, diejenigen zu verfolgen, die ihre Interessen wahren?! Anders bei den Unorganisierten und auch denjenigen Verbandsmitgliedern, die solche Beschuldigungen erheben. Diesen kann man den guten Glauben nicht zubilligen, sie **verleumden wider besseres Wissen!** Sie wissen, wie sich die Verbandsleitung unablässig abgemüht hat, für die Bergleute auf allen Gebieten herauszuholen, was herausgeholt werden konnte, und das mit gutem Erfolg. Nur den Unorganisierten, den Zufriedenen, die nie gefordert haben, verdanken die Bergleute, wenn nicht mehr erzielt werden konnte. **Sie allein sind die Bremsklötze und zwar recht schwere.** Die Unternehmer haben wiederholt behauptet, daß die an der Front befindlichen Bergleute gerne für weniger Lohn arbeiten wollten und versucht, diese mit den Unzufriedenen auszutauschen. Wären alle unzufrieden, würde ein solches Verlangen kaum gestellt werden.

Die Beschuldigung, „teuere Bremsklötze“ zu sein, beweist aber, welche Anschauung unter einem großen Teil der Bergleute herrscht. Diese glauben, es genüge, bei gewissen Gelegenheiten „die Brocken hinzuwerfen“, um mit einem Male alles zu erreichen. Weil unsere Verbandsleitung gegen das planlose, wilde Streiken ist, darum — Bremsklötze! Allerdings wäre den Scharfmachern nichts erwünschter gewesen, wie einige größere Ausstände, um die Zechen zu militarisieren. Damit würden die Scharfmacher ihren Zweck auch nicht erreicht haben, zweifellos wären die Bergarbeiter aber schwer geschädigt gewesen. Das ist verhindert worden zum Nutzen der Bergarbeiter von den — teueren Bremsklötzen!“

Soweit die Zuschrift. Leider ist in Bergarbeiterkreisen noch vielfach die Ansicht vertreten, daß in einem Anlauf **alles** überrannt und erreicht werden könnte. So hört man z. B. noch recht oft: „Ja, wenn wir 1889 noch drei Tage ausgehalten hätten, dann war alles erreicht.“ „Aber — wir wurden verraten!“ Oder — „die Führer haben sich einseifen lassen!“ Das ist natürlich Unsinn. Als ob in einem Anlauf **alles** überrannt und erreicht werden könnte. So können nur Leute denken und reden, denen jeder Wirklichkeitssinn fehlt, die ihre Gedanken auf dem Mond spazieren führen. Und doch — es ist nichts so dumm, es findet sein Publikum.

Aber selbst wenn es möglich wäre, alles in einem Anlauf zu überrennen und zu erreichen, wäre es auch zu halten? Daran haben die Ueberklugen natürlich ebenfalls nicht gedacht. Sie haben gänzlich übersehen, daß alle Gesetze, Vereinbarungen, Verträge, Zusagen usw. nur gehalten werden und gehalten zu werden brauchen, wenn eine **Macht** dahinter steht, die ihnen Geltung verschafft. Eine solche Macht bilden die mehr als gedankenlosen Redensarten und Verdächtigungen der Unorganisierten und ihrer Nachbeter nicht, im Gegenteil, sie hemmen und schwächen unsere Macht und stärken die der Werksbesitzer. Das Schlimmste ist, daß diese gedankenlosen Schwätzer und ihre Nachbeter meist nicht einmal wissen, daß sie sich lediglich den Werksbesitzern dienstbar machen.

## Macht entscheidet!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 24. Dezember 1916 schrieb u. a.:

„Inmitten allen Brausens und Tobens, aller Kämpfe und Leiden, **die das Weihnachtswort: „Frieden auf Erden“ zur Lüge machen,** inmitten von Krieg und großen Schrecken, die alle Welt bedecken, wird es weihnachtlich stille in der Seele, voller Weihe und Grabe ist alles. **Das** unergründliche Geheimnis beginnt sich zu entschleiern: wie aus dem Dunkel das Licht geboren wird . . . . Nun geht es uns wie den Leuten damals im Lande der Israeliten und Heiden: Die Sehnsucht erwacht, ihre Sterne brennen durch die stillgewordene Seele. Mögen sie uns lehren und immer wieder lehren, **daß das Leben im Grunde nichts anderes ist, als die Macht, daß nur, wer sie besitzt und festhält, im Rechte ist und bleibt . . . .“**

**Nur wer die Macht besitzt und festhält, ist und bleibt im Rechte!** Selbst das geschriebene Recht ist und bleibt ein toter Buchstabe, wenn keine Macht dahinter steht, die ihm Geltung verschafft. Mögen die Arbeiter einmal umschauen und die Dinge sehen, wie sie sind, dann werden sie diese Tatsache überall bestätigt finden. Mögen sie aber auch daraus die nötigen Schlüsse ziehen und danach handeln.

## Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

### Zum Kapitel Bergarbeiterlöhne

Wird uns aus dem Zeitz-Weißenfelser Revier geschrieben:

In Mittelstandskreisen ist der hohe Lohn der Munitionsarbeiter geradezu sprichwörtlich geworden. Will man dort ein hohes Einkommen ausdrücken, werden die Löhne dieser Arbeiter zum Vergleich herangezogen. Gegen diesen Unfug ist an dieser Stelle oft Verwahrung eingelegt worden. Leider wird in weiten Kreisen immer noch angenommen, die Nichtmunitionsarbeiter wüßten ebenfalls nicht wohin mit dem vielen Gelde. Deshalb ist eine Untersuchung der zum Beispiel von den Bergarbeitern in unserem Reviere verdienten Löhne angebracht. Es ist nur einige Monate her, daß unsere Bergarbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne bei den Grubenverwaltungen beantragten. Diese Forderungen wurden glattweg abgelehnt. Die Verwaltungen verhandelten gar nicht mit den Arbeiterausschüssen. Und wo Rücksicht genommen wurde, wurden die Forderungen glatt abgelehnt. Die Arbeiter forderten damals einen Grundlohn für die unterirdischen Akkordarbeiter von 7 Mark pro Schicht und entsprechende Teuerungszulagen. Infolge der enormen Teuerung der Lebenshaltung müßten die Bergarbeiter für ihre schwere Arbeit unter Tage wenigstens 10 Mark pro Tag verdienen. Dieser Lohn ist notwendig, wenn die Bergarbeiter mit ihren Familien sich halbwegs ernähren wollen. In anderen Revieren wird ein Lohn von 10 Mark pro Schicht bereits längst gezahlt. Ja, vielerorts können Bergarbeiter noch erheblich mehr verdienen. Die ablehnende Haltung der Verwaltungen, die die Teuerungszulagen um eine Kleinigkeit erhöhten, aber sonst nichts zulegen wollten, zwangen die Arbeiter, sich an den Schlichtungsausschuß zu wenden. Der gefällte Schiedsspruch lautete günstig für die Arbeiter, wenngleich er unseren Wünschen nicht ganz gerecht wurde. Die Akkordarbeiter sollten 6,50 Mark pro Schicht und Teuerungszulagen erhalten, wodurch der Lohn auf 9,10 Mark außer der Kinderzulage kam. Die letztere beträgt 15—60 Pf. pro Schicht. Die übrigen Arbeiter sollten erhöhte Teuerungszulagen erhalten. Doch auch dieser Schiedsspruch wurde von den Herren abgelehnt. Wohl weniger wegen dem Mehrlohn als wegen der Wahrung des Herrenstandpunktes. Die Generaldirektionen sind als Vertreter der Aktionäre ihrer Gesellschaften nicht imstande, den Herrenstandpunkt abzulegen. Sie wollen sich unter keinen Umständen von Dritten in ihre Lohnpolitik hineinreden lassen. Dabei ist es ganz gleich, ob der Einspruchserhebende ein Arbeiter oder eine Behörde ist. Die Mehrzahl der Arbeiter ließen sich diese Handlungsweise gefallen. Doch auf einer der Riebeckschen Gruben, den Voß wurde die Verwaltung zu Zugeständnissen gezwungen. Das energische Vorgehen der Belegschaft dieser Grube ist verständlich wenn man ihre geringe Entlohnung kennt. Kamen doch im Juni und Juli d. Js. dort noch Löhne für unterirdisch beschäftigte Hauer von 4,31 Mark, 4,50 Mark vor. Diese Grubenverwaltung mußte sich dann auch verpflichten, den Untertagearbeitern bei normaler Leistung 6,50 Mark und die Zulagen zu gewähren. Das Versprechen, die Gedinge entsprechend aufzubessern, wurde zwar gegeben. Wieweit es gehalten wurde, mag folgende Zusammenstellung zeigen. Uns liegen vor Grube von Voß 65 Lohnzettel für Akkordarbeiter unter Tage vor. Sie entstammen fast sämtlich aus Lohnzahlungen vom Monat Dezember. Nach diesen Lohnzetteln haben immer noch 12 Arbeiter bis 5,50 Mark, 18 Arbeiter hatten 5,50 bis 6 Mark, 21 Arbeiter hatten 6 bis 6,50 Mark, und nur 13 hatten 6,50 bis 7 Mark; nur ein Arbeiter hatte über 7 Mark erhalten. Der Durchschnitt von den 65 Lohnzetteln ergibt pro Schicht 6,08 Mark, trotz dem feierlich gegebenen Versprechen des Herrn Bergdirektors. 51 Arbeiter erhielten einen Lohn unter dem Versprochenen. Nur 14 erreichten den Lohn von 6,50 Mark. Haben nur diese 14 die normale Leistung zustande gebracht? Denn das Wort „normale Leistung“ wurde nachdem sehr bald das Steckenpferd der Grubenverwaltung. Alle, die unter 6,50 Mark verdienten, brachten ihr nicht genug Wagen, erreichten die normale Leistung nicht. Vom 1. Januar ab erhöhen Riebecks und die Werschen-Weißenfelser Aktiengesellschaft die Teuerungszulage um 10 Prozent. Selbstverständlich ganz freiwillig. Wann werden sie endlich dazu schreiten, ihr Versprechen zu erfüllen und die Löhne unter 6,50 Mark beseitigen?

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

### Forderungen der niederschlesischen Bergarbeiter.

Im Saale der Stadtbrauerei in Waldenburg tagte am 6. Januar 1918 eine gemeinsame Konferenz der Vertrauensleute unseres Verbandes, des Gewerkvereins H.-D. und des christlichen Gewerkvereins, sowie der Ausschußmitglieder von den Gruben. Auf der Tagesordnung stand:

1. Ist ein Zusammengehen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, des Deutschen Gewerkvereins (H.-D.) und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter im niederschlesischen Revier notwendig?
2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter im niederschlesischen Kohlenrevier.
3. Staatshilfe für den niederschlesischen Bergbau.
4. Ernährungsschwierigkeiten
5. Verschiedenes.

Einleitend wies unser Bezirksleiter Grüttner darauf hin, wie notwendig ein Zusammengehen aller Bergarbeiter auch in Niederschlesien sei. Wie in anderen Bergrevieren müßten die Organisationen der Bergarbeiter auch in Niederschlesien zusammenwirken. In einzelnen Fragen sei das bisher auch schon geschehen, z. B. erst kürzlich bei der Errichtung des Zentralarbeitsnachweises. Der Ansicht Grüttners schloß sich die Konferenz einstimmig an.

Zu 2. und 3. sprach unser Vorsitzender, Hermann Sachse. Daran schloß sich ein kurzer Tätigkeitsbericht unseres Bezirksleiters Grüttners und dann begann die Aussprache. Mit Ernst und Nachdruck wurde von den zahlreichen Vertrauensleuten und Ausschußmitgliedern die ungünstige Lage der Bergarbeiter dargelegt, die dringend eine Verbesserung notwendig mache. Allgemein wurde geklagt, daß die Staatshilfe so lange auf sich warten lasse. Bei der Hilfe für die Landwirtschaft, der man Schnelligkeits-, Aufbewahrungs-, Drusch- und andere Prämien gewähre, gehe es bedeutend schneller. Alle Redner forderten eine neue Lohnerhöhung, da die bisher gezahlten Löhne in keinem Vergleich zu den ungeheuer gestiegenen und noch fortgesetzt steigenden Preisen für alle Bedarfsartikel, die zum Leben erforderlich, stehen. Durch einstimmigen Beschluß wurde die Leitung der Versammlung, die sich aus allen drei Organisationen zusammensetzte, beauftragt, beim Handelsministerium durch eine neue Eingabe die Hilfe des Staates für Niederschlesien zu fordern. Im übrigen wurden die Wünsche der Versammelten durch die einstimmige Annahme folgender Entschließung zum Ausdruck gebracht:

„Die am Sonntag, den 6. Januar 1918, im Gasthaus „Zur Stadtbrauerei“ in Waldenburg versammelten Funktionäre, Vertrauensleute bzw. Ortsverwaltungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, des Deutschen Gewerkvereins (H.-D.) und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, sowie Mitglieder der Arbeiterausschüsse der Steinkohlenbergwerke des Waldenburger und Neuroder Kohlenreviers bringen zum Ausdruck, daß die zur Auszahlung kommenden Löhne unzureichend, und die Bergarbeiter nicht mehr in der Lage sind, allen Anforderungen gerecht zu werden, zumal die Preise für alle Gebrauchsgegenstände fortgesetzt stiegen und noch weiter steigen.

Die Versammelten beauftragen die Organisationsleitungen, nachstehende Forderungen den Werksverwaltungen zu übermitteln:

1. Das Gedinge soll sofort so gestellt werden, daß jeder Kohlen- und Gesteinshauer je Schicht einschließlich der Teuerungszulage nicht unter 10 Mark verdienen kann. Die Löhne der Schlepper im Gedinge sind entsprechend der Lohnsteigerung der Hauer aufzubessern.
2. Es soll der Schichtlohn für Kohlen- und Gesteinshauer nach Möglichkeit vermieden werden. Ist Schichtlohn notwendig, so soll der Lohn nicht unter 8 Mark ausschließlich der Teuerungszulage sein.
3. Die Löhne aller anderen Arbeiter und Arbeiterinnen sind um 25 Prozent aufzubessern.
4. Für Neben- und Sonntagsschichten werden 25 Prozent Zuschlag gefordert.
5. Der wöchentlich zur Auszahlung kommende Abschlag ist um 1 Mark je Schicht zu erhöhen.

Ferner werden die Organisationsleitungen beauftragt, die bereits geforderte Staatshilfe für den niederschlesischen Bergbau bei der Staatsregierung in Erinnerung zu bringen und zu fordern, daß diese bald gewährt wird, ganz besonders dann, wenn die Werksverwaltungen die gestellten Forderungen ablehnen sollten mit der Begründung, die Geschäftslage gestattet es nicht, die geforderten Löhne zahlen zu können.

Die Versammelten werden ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit in der Kohlengewinnung keine Stockung eintritt und die Förderung möglichst hoch bleibt. Erwarten aber, daß die berechtigten Wünsche bzw. Forderungen bald erfüllt werden.

Ferner wird gefordert, daß die Zuteilung von Lebensmitteln und Berufskleidung reichlicher wird und die Preise nicht ins unermeßliche steigen. Um dies zu erreichen, wird für notwendig gehalten, daß alle Gebrauchsgegenstände öffentlich bewirtschaftet werden und der Schleichhandel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgerottet wird. Es muß unbedingt verhindert werden, daß die wenigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu Wucherpreisen an die arbeitende Bevölkerung zum Verkauf kommen.“

Die Aussprache über die Nahrungsmittelschwierigkeiten gestaltete sich ebenfalls äußerst lebhaft und steigerte sich teilweise zu großer Erregung. Alle Redner bezeichneten die bisherige Versorgung als vollständig unzureichend. Verlangt wurde, daß unser Vorsitzender Sachse noch einmal bei den maßgebenden Instanzen vorstellig wird, um eine bessere Versorgung des Reviers zu fordern. Besonders wurde der bestehende Schleichhandel, der es den Besitzenden ermöglicht, sich alle Lebensmittel zu Preisen zu beschaffen, die die Arbeiter nicht zahlen könnten, kritisiert. Auch wurde gefordert, daß die Bäder in diesem Jahre unbedingt geschlossen bleiben müssen, damit es im vierten Kriegsjahre nicht wieder vorkomme, daß Leute nur zu dem Zweck in die Bäder reisen, um möglichst viel Lebensmittel hamstern zu können, und weil sie wissen, daß sie in den Bädern besser mit Lebensmitteln versorgt werden, als in ihrem Wohnort.

Unter Verschiedenem wurde die Leitung beauftragt, an die Regierung für direkte Steuern in Breslau eine Eingabe zu richten, in der die Erhöhung des abzugsberechtigten Betrages vom steuerpflichtigen Einkommen für Arbeitskleidung, Schuhwerk, Seife usw. entsprechend den gestiegenen Preisen für Untertagearbeiter auf 250 Mark und für Uebertagearbeiter auf 175 Mark gefordert werden soll. Damit trat Schluß der Konferenz ein.

# Verbandsnachrichten.

**Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 3. Woche (vom 13. bis 19. Januar 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.**

## An unsere Mitglieder!

Nach Anhörung und Zustimmung der bisher stattgefundenen Bezirkskonferenzen machen wir hiermit bekannt, daß auf Grund des § 12 unseres Verbandsstatuts für alle vollzahlenden Mitglieder der Beitragsklassen a bis d ein Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche und Mitglied ausgeschrieben wird. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diesen Extrabeitrag zu zahlen. Außerdem haben die Bezirkskonferenzen überall beschlossen, daß alle Mitglieder um eine Beitragsklasse höher zu zahlen haben. In den höchstentlohnten Revieren ist in der höchsten Beitragsklasse (einschließlich Lokal- und Extrabeitrag) 75 Pf. pro Mitglied zu zahlen, wird ein wöchentlicher Lokalzuschlag von 10 Pf. erhoben, so stellt sich der Gesamtbeitrag auf 80 Pf. Der Extrabeitrag ist in allen Bezirken spätestens am 1. Februar 1918 einzuführen. Jedoch haben die Bezirke Linden, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Lünen, Gladbeck Eichlinghofen, Hamm, Halle, Zwickau, Lugau und Saarbrücken beschlossen, daß der Extrabeitrag vom 1. Januar 1918 ab gezahlt werden soll.

Denjenigen Bezirken, die den Extrabeitrag ab 1. Januar 1918 erheben, steht es frei, die Einnahmen aus dem Extrabeitrag für Januar ganz oder teilweise den Lokal-, Bezirks- oder der Hauptkasse zuzuführen. Ab 1. Februar 1918 sind sämtliche Einnahmen (ausschließlich Lokalbeitrag) nach Abzug der den Zahlstellen verbleibenden Prozente der Hauptkasse zu überweisen.

Von dem jetzt zur Einführung gelangenden Extrabeitrag verbleiben den Zahlstellen bei Abführung an die Hauptkasse auch 14 Prozent. Für jeden Privatabonnenten verbleiben der Zahlstelle ab 1. Januar 1918 40 Pf. pro Monat.

Von der Zahlung des Extrabeitrages (§ 12 des Statuts) sind die Mitglieder der Jugendabteilung und solche Mitglieder befreit, die nach § 10, Ziffer 5 des Statuts, als Vollinvaliden einen Beitrag von 10 Pf. resp. 15 oder 20 Pf. pro Woche zu zahlen. (Siehe auch § 21, Abs. 1 des Statuts.)

Zur Begründung vorstehender Beschlüsse verweisen wir unsere Mitglieder auf den Artikel „**Zur Beitragsfrage**“ unter der Rubrik: „Aus dem Kreise der Kameraden“, in der Nr. 51 der „Bergarbeiter-Zeitung“. Wir erwarten von allen Mitgliedern, daß sie die dort angeführten Gründe als berechtigt anerkennen und durch Zahlung des erhöhten Beitrages und weiteres Werben für den Verband mit sorgen helfen, daß unsere Organisation gestärkt wird.

**Der Gesamtvorstand.**

Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihr Mitgliedsbuch oder Karte stets bereit zu halten, damit der Bote oder Kassierer die Beitragsmarken sofort in die Felder einkleben kann. Geschieht dies nicht und werden die Marken lose aufbewahrt, dann gehen die Marken leicht verloren. Wer aber Marken verliert, verliert Geld. Jedes Mitglied tut gut, wenn dies beachtet wird.

### Rechtsschutz.

Die Rechtsschutzerteilung ist jetzt folgendermaßen geregelt:

**Castrop.** Widumerstraße 40, Montags von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

**Gladbeck.** Karlstraße 5, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, von 9 bis 12 Uhr vormittags, 3 bis 5½ Uhr nachmittags.

**Recklinghausen.** Hernerstraße 8a, Donnerstags und Samstags, von 9 bis 12 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Freitags nur von 9 bis 12 Uhr vormittags.

**Herne.** Mont Cenisstraße 21, Samstags von 9 bis 12 Uhr vormittags.

### Kranzspendemarken.

**Bövinghausen.** Für den Monat Januar ist eine Kranzspendemarke zu kleben.

### Bibliotheken.

**Bövinghausen.** Die Bibliothek befindet sich im Gemeindegasthaus und ist jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 11 Uhr, geöffnet.

### Krankenunterstützungs-Auszahlung.

**Hervest-Dorsten.** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, vormittags von 11 bis 12 Uhr, wird beim Vertrauensmann Paul Wohlert, Kaiserstraße 80, die Krankenunterstützung ausgezahlt.

**Kamen II.** Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, von 9 bis 11 Uhr vormittags, beim Kassierer Hermann Neumann, Bismarckstraße 40.

**Oberaden.** Krankengeld wird jeden 2. Sonntag im Monat beim Kassierer Heinrich Klostermann in Oberaden Nr. 70 k, ausgezahlt.

**Wellinghofen.** Krankengeld wird jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags, beim Kameraden Karl Nolte, Wellinghofen, Untere Dorfstraße 5, ausgezahlt.

### Adressenveränderungen.

**Beckhausen.** Als Vertrauensmann fungiert jetzt Kamerad Anton Hoffmann, Sutumerfeldstraße 46.

**Bövinghausen.** Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Karl Jendritzki in Bövinghausen, Karolinenstraße 2.

**Essen-Frohnhausen.** Der Kassierer Hermann Herfordt wohnt Seibertzstraße 8, I. Daselbst wird auch jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags, unter Vorzeigung des Krankenscheines und Mitgliedsbuches, Krankengeld ausgezahlt.


† **Sterbetafel** †

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

| | |
|---|---|
| Gustav Röntgen, Annen I. | Emil Brinkmann, Brechten. |
| Fritz Buse, Eving. | F. Maßmann, Lücklenberg. |
| Ernst Lang, Schmidthorst. | Franz Regener, Samswegen. |
| Josef Mandel, Bocholt. | Gustav Spiller, Marl. |
| Valentin Pohl, Heng.-Menburg. | Wilh. Mabeneck, Deipel I. |
| Karl Ernst, Langendreer I. | Wilh. Schacht, Deipel I. |
| Franz Galiga, Dortmund III. | Waldemar Müller, Deipel I. |
| Wilh. Elbracht, Dortmund III. | Justin Krayny, Brauck. |
| Otto Moike, Regis. | Friedr. Görlitz, Hettstedt. |
| Ernst Böke, Giersiwalde. | A. Drüßler, Kamen II. (4004) |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!